

fonction publique

CGFP
Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique

numéro 273

mai 2022

54^e année

paraît 4 fois par an

TRIPARTITE: ZUSTIMMUNG OHNE FREUDENSPRÜNGE



Auch wenn das jüngste Tripartite-Abkommen wahrlich keine Euphorie auslöst, steht die CGFP nach wie vor hinter dem beschlossenen Maßnahmenpaket. Ausschlaggebend für die Zustimmung waren u.a. die langfristige Absicherung des Indexsystems und der Erhalt des Sozialmodells. In dieser Ausgabe blicken wir hinter die Kulissen eines 40-stündigen Verhandlungsmarathons. Nach der Verabschiedung des „Solidaritätspak“ forderte der CGFP-Nationalvorstand Nachbesserungen beim Steuerkredit für Alleinerziehende und Familien mit nur einem Einkommen. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass die CGFP den Ausfall einer Index-Tranche keineswegs hinnehmen werde.

Mehr zu diesem Thema auf Seite 3 sowie auf den Seiten 10 bis 14

MITGLIEDERZAHL: CGFP IM AUFWÄRTSTREND



Die CGFP widerlegt anhand konkreter Fakten die von der Luxemburger Statistikbehörde erstellte These zu einer höchst fragwürdigen Studie, der zufolge die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in Luxemburg innerhalb von zehn Jahren stark gesunken sein soll. Jedes Jahr werden bis zu 1.600 neue Mitglieder in die CGFP aufgenommen. Dabei stellt die Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen den größten Zuwachs dar. Der kurz vor der Tripartite veröffentlichte Statec-Bericht legt den Verdacht nahe, dass dieser lediglich darauf abzielte, die Arbeitnehmervertreter im Vorfeld der Dreiergespräche kleinzureden.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 15 und 17



Minister Marc Hansen im fp-Interview

Vorgefertigte Meinungen unerwünscht

Seit Dezember 2018 leitet Marc Hansen das Ministerium des öffentlichen Dienstes und ist zugleich als delegierter Minister an der Seite von Premier Bettel für die Digitalisierung und für die administrative Reform verantwortlich. Die Politik aktiv mitzugestalten, sei ein edler Auftrag, betont der 51-Jährige im Interview mit „fonction publique“.

Die verbleibende Zeit will der Minister nutzen, um wichtige Dossiers voranzutreiben. Im Vordergrund steht dabei u.a. die Umsetzung des laufenden Gehälterabkommens. Bis Juli dieses Jahr sollen Regierung und CGFP das Bewertungssystem einer kritischen Analyse unterziehen und danach die nötigen Schlussfolgerungen daraus ziehen. Von einer Abschaffung des Evaluierungssystems sei im Abkommen nie die Rede gewesen, so Hansen. Wenn die CGFP es ernst meine, dürfe sie nicht mit vorgefertigten Meinungen in die Gespräche gehen.

Zur CGFP pflege er gute Beziehungen, stellt der Beamtenminister klar. Trotz unterschiedlicher Ansichten

hätten beide Seiten zahlreiche Abkommen erzielt, wie erst neulich bei der Harmonisierung der unteren staatlichen Laufbahnen.

In wenigen Monaten werden im öffentlichen Dienst neue Gehälterverhandlungen zwischen der Dreierkoalition und der CGFP beginnen. Marc Hansen ist der festen Überzeugung, dass Luxemburg einen leistungsstarken und gut funktionierenden Staat braucht. Konfrontiert mit der Frage, ob eine lineare Punkterhöhung nach jahrelangen Nullrunden im Staatsdienst nicht sowieso schon längst überfällig sei, versuchte der Minister diesem Thema auszuweichen.

Auch nach acht Jahren Regierungsbeteiligung mache sich bei ihm noch immer keine Amtsmüdigkeit bemerkbar, versichert Hansen. Mit Blick auf die kommenden Parlamentswahlen zeigt sich der Minister zuversichtlich, dass seine Partei ein gutes Wahlergebnis erzielen wird.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 5 bis 9

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

EDITORIAL

Gelebte Solidarität

Dass das Ergebnis der jüngsten Tripartite vielleicht nicht der ganz große Wurf für den Sozialstaat Luxemburg ist, weiß auch die CGFP. Um in puncto soziale Gerechtigkeit substanzielle und nachhaltige Verbesserungen zu erreichen, hätten die Dreiergespräche in der Tat keine reine Index-Diskussion sein dürfen: Weitere, sprich sozialpolitische Maßnahmen hätten zusätzlich dazu auf den Tisch gehört, um den über die Jahre entstandenen Ungleichheiten entschieden und wirksam entgegenzuwirken und die Schere zwischen Arm und Reich auf diese Weise zumindest zu verkleinern.

Sozialpolitik lässt sich nicht über den Index regeln. Das hat die CGFP immer wieder betont. Und das sagt sie auch heute noch. Sozialpolitik, laut Wörterbuch die Bezeichnung für „Methoden und Konzepte zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation insbesondere benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen“, lässt sich grundsätzlich nur über steuerpolitische Maßnahmen erreichen. Und dazu gehört in erster Linie auch die längst überfällige und von CGFP-Seite immer wieder geforderte Anpassung der Steuertabelle an die Inflation.

Wenn die CGFP dem jüngsten Tripartite-Abkommen zugestimmt und ihre Unterschrift unter das Maßnahmenpaket gesetzt hat, heißt das sicherlich nicht, dass auf diese Weise alle CGFP-Forderungen von einem Augenblick zum anderen vom Tisch wären. Das Gegenteil ist der Fall, wie ja auch die jüngste Sitzung des CGFP-Nationalvorstandes gezeigt hat. Die Botschaft war klar und deutlich: Index-Verschiebungen dürften auf keinen Fall „um jeden Preis“ hingenommen werden. Und die CGFP-Exekutive soll nicht davor zurückschrecken, die „echten Herausforderungen“ des Landes anzugehen, auch wenn es dafür politischen Mutes bedürfe (siehe hierzu auch den untenstehenden Beitrag).

Die CGFP-Vertreter am Verhandlungstisch jedenfalls hatten einen unmissverständlichen Auftrag vom CGFP-Nationalvorstand, einem der höchsten CGFP-Gremien, erhalten: Zum einen dürfe der Indexmechanismus als solcher auf keinen Fall infrage gestellt werden. Und zum anderen müssten die zunächst von Regierungsseite vorgelegten Kompensationsmaßnahmen bei niedrigen Gehältern deutlich nach oben korrigiert werden – wohlwissend, dass nur sehr wenige CGFP-Mitglieder selbst davon profitieren würden.

Wenn die CGFP-Vertreter dem jüngsten Tripartite-Abkommen also zugestimmt haben, war das – mit Blick auf das ihnen erteilte Mandat – in erster Linie ein Akt von gelebter Solidarität. Und zwar denjenigen gegenüber, die es in Krisenzeiten besonders schwer haben: die Gering- und Mittelverdiener. Dass ihr finanzieller Ausfall durch die Verschiebung einer Indexbranche aufgrund der getroffenen Vereinbarung nun disproportional ausgeglichen wird, muss nicht lange diskutiert werden, das lässt sich arithmetisch belegen.

Es ist dies nicht das erste Mal, dass sich die CGFP bestimmten Gruppen gegenüber äußerst solidarisch verhalten hat. Dabei hat sie ihren eigentlichen Auftrag, nämlich die Interessen all ihrer Mitglieder und damit des gesamten öffentlichen Dienstes nachhaltig zu vertreten, niemals aus dem Auge verloren.

Und so haben die höchsten CGFP-Gremien immer wieder Verantwortung übernommen und gewissenhaft gehandelt, wenn die Situation dies erforderte.

So erinnern wir uns beispielsweise an das Zusatzpapier zum Gehälterabkommen aus dem Jahre 2018, in dem die CGFP – und mit ihr alle öffentlich Bediensteten – auf eine lineare Punkterhöhung verzichteten, um im Gegenzug die längst überfällige Abschaffung der unsäglichen 80/80/90-Regelung während der Stagezeit zu erreichen. Völlig zurecht sprach die CGFP damals von einem „Solidaritätsabkommen für künftige Generationen“, das mit Verhandlungsgeschick, Durchsetzungsvermögen und stichfesten Argumenten durchgesetzt werden konnte.

Dass auf die CGFP immer wieder Verlass ist, wenn es um gelebte Solidarität geht, davon zeugt auch das jüngste Anfang 2021 unterzeichnete Gehälterabkommen für die Jahre 2021 und 2022. In einer noch nie da gewesenen Pandemie hat die CGFP erneut Vernunft walten lassen und sich mit der Regierung auf ein in Krisenzeiten angemessenes Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst geeinigt. Angesichts der Krise hatte die CGFP, als zuverlässiger Sozialpartner, auf strukturelle finanzielle Verbesserungen verzichtet und den Schwerpunkt stattdessen auf qualitativ hochwertige Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst gelegt. Und das, obwohl sich CGFP und Regierung

einig darüber waren, dass der Staatsdienst, neben anderen Akteuren, eine äußerst wichtige Rolle bei der Krisenbewältigung eingenommen hatte.

Nach so viel Solidarität über all die Jahre wissen die CGFP-Gremien aber auch, dass jetzt allmählich der Zeitpunkt gekommen ist, Ansprüche stellen zu dürfen. Das Verlangen nach konkreter Anerkennung ist in der Tat sehr groß. Wertschätzung ist nun mal mehr als nur Lob und Applaus. Dass nicht nur die CGFP-Gremien, sondern auch die Regierung das hoffentlich so sieht, kann die CGFP nur vermuten. Anlass zur Hoffnung geben jedenfalls die Aussagen von Beamtenminister Marc Hansen in der RTL-Sendung „Background“ vom 19. Februar 2022, der die Möglichkeit einer Gehaltsaufbesserung im Zuge der zum Jahresende anstehenden Gehälterverhandlungen zumindest nicht von vornherein ausgeschlossen hat – auch wenn er sich im „fp“-Interview in dieser Frage eher bedeckt hält (siehe dazu die Seiten 5 bis 9).

Die CGFP ist sich durchaus bewusst, in welch schwierigem internationalen Umfeld wir uns gerade befinden. Das völlig sinnlose Kriegsgeschehen in der Ukraine hat auch die öffentlich Bediensteten in Luxemburg nicht unberührt gelassen. Und wieder einmal wurde ein deutliches Zeichen der Solidarität gesetzt, indem ihre Berufsvertretung, die CGFP, zusammen mit der „Fondation CGFP de Secours“, ein konkretes Hilfsprojekt zur Unterstützung der hilfsbedürftigen Menschen in der Ukraine mit einem Gesamtvolumen von 100.000 Euro startete und Soforthilfe leistete. „fonction publique“ wird demnächst ausführlich darüber berichten.

Die CGFP weiß aber auch, dass gerade in Krisenzeiten ein starker und leistungsfähiger öffentlicher Dienst von größter Bedeutung ist. Dass die Bediensteten den Herausforderungen der vergangenen zwei Jahre auf exemplarische Weise begegnet sind, muss an dieser Stelle nicht eigens hervorgehoben werden. Das ist schlicht eine Tatsache. Und genauso darf selbst in Krisenzeiten der Ruf nach Aufmerksamkeit und Anerkennung nicht ungehört verhallen. Denn irgendwann stoßen auch Verständnis und Gutmütigkeit an ihre Grenzen. Und dieser Zeitpunkt ist allmählich erreicht.

Steve Heiliger,
CGFP-Generalsekretär

Nach dem ausgehandelten Tripartite-Abkommen

CGFP-Nationalvorstand stellt neue Forderungen

Rund einen Monat nach der Unterzeichnung des Tripartite-Abkommens (siehe dazu auch die Seiten 10 bis 14) brach im parlamentarischen Sonderausschuss ein Streit aus. Die CSV-Abgeordneten, die die Anhörung der Sozialpartner verlangt hatten, konnten sich mit dieser Forderung nicht durchsetzen und verließen am 10. Mai den Saal aus Protest. Klärungsbedarf gab es auch über den Zeitpunkt der nächsten Tripartite.

Noch am selben Tag betonte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff in der RTL-Sendung „Invité vum Dag“, die Regierung habe sich schriftlich dazu verpflichtet, die Dreiergespräche wieder aufzunehmen, falls mehr als eine Indexbranche verschoben werde. Dieser Fall könne bereits 2022 eintreten. Seiner Einschätzung zufolge werde „sehr bald“ eine neue Tripartite einberufen.

Der CGFP-Nationalvorstand hatte bereits am 26. April darauf hingewiesen, dass der „Solidaritätspak“ keine Euphorie auslöse. Eine Ablehnung des Tripartite-Abkommens habe jedoch für die CGFP keine sinnvolle Option dargestellt. Unter keinen Umständen werde die CGFP jedoch dulden, dass ein Aneinanderreihen von Index-Verschiebungen zur vollständigen Streichung einer Indexbranche führe, lautete die klare Botschaft. Eine Aussage, die Romain Wolff im RTL-Interview nochmals bekräftigte. Vor dem Hintergrund des bevorstehenden Wahlkampfs rief der CGFP-Vorsitzende sämtliche Parteien dazu auf, zur Indexfrage deutlich Stellung zu beziehen.

Hinsichtlich der Steuerkredite, die bei der Verlegung einer Indexbranche den vorübergehenden Ausfall kompensieren, forderte der CGFP-Nationalvorstand Nachbesserungen für Alleinerziehende und für Haushalte mit nur einem Einkommen. Zudem müsse die Zahl der Kinder berücksichtigt werden.

Mit Nachdruck wurde unterstrichen, dass sich die mit den Kompensationen einhergehende soziale Selektivität ausschließlich auf die derzeit angespannte Krisenlage beschränken dürfe. Sobald sich eine Entspannung an der Inflationsfront bemerkbar mache, müsse das altbewährte Indexsystem erneut im vollen Umfang angewandt werden. In Bezug auf die beschlossenen Betriebsbeihilfen forderte der CGFP-Nationalvorstand eine differenziertere Herangehensweise – wie bei den Haushalten.

Mit Bedauern stellte der CGFP-Nationalvorstand fest, dass bei den jüngsten Tripartite-Runden ausschließlich das Thema „Index“ im Vordergrund stand. Bei künftigen Dreiergesprächen sollten sich die Sozialpartner verstärkt mit den wahren strukturellen Problemen (Wohnungsnot, Energieabhängigkeit...) auseinandersetzen, die alle dringend einer Lösung bedürften.

ml



**BIEN CHEZ VOUS
ET BIEN PROTÉGÉ**

HOME

**L'assurance habitation
100% personnalisable**

www.cgfp-assurances.lu

CGFP
Assurances

18, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
Tél. (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu



Marc Hansen hat dem Interview mit „fonction publique“ viel Bedeutung beigemessen: Das rund einstündige Gespräch fand in Anwesenheit von zwei seiner engsten Beratern statt, Bob Gengler, Generalkoordinator des Ministeriums des öffentlichen Dienstes, (2. v. l.) sowie dessen Stellvertreter Jean-Paul Marc (2. v. r.).

Interview mit dem Minister des öffentlichen Dienstes Marc Hansen

„Ein leistungsstarker und gut funktionierender Staat ist unabdinglich“

Nach all den Jahren in der Regierung zeigt der Minister des öffentlichen Dienstes eigenem Bekunden zufolge keinerlei Ermüdungserscheinungen. Im Interview mit „fonction publique“ lässt Marc Hansen jedoch in Bezug auf die künftigen Gehälterverhandlungen für den öffentlichen Dienst Vorsicht walten. Den bei der jüngsten Tripartite ausgehandelten „Solidaritätspak“ bezeichnet das Regierungsmitglied als ein ausgewogenes Abkommen, das zügig umgesetzt werden müsse. Alles andere sei jetzt „moutarde après dîner.“ Das Bewertungssystem werde derzeit einer kritischen Analyse unterzogen. Regierung und CGFP müssten unvoreingenommen in diese Gespräche gehen. Sein Verhältnis zur CGFP bezeichnet Hansen als gut.

fonction publique (fp): Herr Minister, bereitet Ihnen die Regierungsarbeit nach all den Jahren immer noch Freude?

Marc Hansen (MH): Wenn ich morgens früh den Tag beginne, bin ich nach wie vor hoch motiviert und voller Tatendrang. Sich in den Dienst des Landes zu stellen, ist etwas Besonderes. Ständig wird man mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Die Lage ändert sich nahezu tagtäglich. Diese Aufgabe erfülle ich immer noch gerne.

fp: Was war bei Ihnen der Auslöser, den Sprung in die Politik zu wagen?

MH: Meine politische Laufbahn hat 2005 im Zuge der Kommunalwahlen auf lokaler Ebene begonnen. Heute wie damals bin ich der festen Überzeugung, dass es in unserem demokratischen System nur eine Option gibt, wenn man Dinge positiv verändern möchte: Man steigt in die Politik ein. Ich habe wenig Verständnis für Menschen, die – häufig auch noch unter Wahrung der Anonymität – kritische Kommentare abgeben und ein Umdenken fordern, ohne jedoch selbst bereit zu sein, sich in irgendeiner Form einzubringen.

fp: Waren Sie erstaunt, als Sie 2014 gefragt wurden, als Nachfolger des zurückgetretenen Staatssekretärs André Bauler in die Regierung nachzurücken?

MH: Natürlich ist man in dem Moment etwas überrascht. Politik aktiv mitzugestalten, ist ein edler Auftrag. Nach einiger Bedenkzeit hatte ich mich dazu bereit erklärt, mich dieser Herausforderung zu stellen. Mitglied der Exekutivgewalt zu sein, ist eine spannende Angelegenheit.

fp: Hatten Sie bei der Neuaufgabe von Blau-Rot-Grün im Jahr 2018 den Wunsch geäußert, das Ministerium des öffentli-

chen Dienstes zu übernehmen, oder blieb Ihnen keine andere Wahl?

MH: Meine Partei wollte das Ministerium des öffentlichen Dienstes übernehmen, da es sich unserer Ansicht nach um ein wichtiges Ressort handelt. Schon damals habe ich diesen Auftrag als eine interessante Herausforderung empfunden, insbesondere in der Kombination mit dem Ressort der Digitalisierung, das ich als delegierter Minister zusammen mit Premierminister Bettel leite. Es ist unmöglich, die Digitalisierung Luxemburgs voranzutreiben, wenn diejenigen, die im Dienst der Bürger und der Unternehmen stehen, im digitalen Bereich nicht gut aufgestellt sind.

fp: Das Ministerium des öffentlichen Dienstes wurde Ihnen also damals aufgetragen?

MH: Nein.

fp: Sie haben sich dafür beworben?

MH: Die Regierungsbildung ist eine äußerst komplexe Angelegenheit. Die Koalitionsverhandlungen haben zu diesem Ergebnis geführt. Ich nehme die mir anvertraute Aufgabe gerne wahr.

fp: Bevor Sie Ihre politische Laufbahn einschlugen, waren sie jahrelang in der Privatwirtschaft tätig. Hat sich Ihr Bild, das Sie damals vom Staatsdienst hatten, inzwischen verändert?

MH: Nein, nicht sonderlich viel. Seit jeher bin ich der Meinung, dass ein leistungsstarker und gut funktionierender Staat unabdinglich ist. Dies gilt im Übrigen auch für die kommunalen Dienste. Das Bild, das ich vom Staatsdienst habe, hat sich in all den Jahren lediglich verfeinert: In meiner beruflichen Laufbahn habe ich zahlreiche sehr kompetente Staatsbedienstete kennengelernt, die

ihren Beruf mit viel Motivation und großer Leidenschaft ausüben. Bereits zuvor konnte ich durch meine 20-jährige Erfahrungen im Privatsektor Eindrücke sammeln, was dort geleistet wird und welche Herausforderungen sich in diesem Bereich tagtäglich stellen. Es ist hilfreich, beide Seiten der Medaille zu kennen.

fp: In einem satirischen Rückblick auf der Online-Plattform „Reporter.lu“ wurden

Sie als Minister bezeichnet, von dem niemand wisse, was Sie so treiben. Darauf angesprochen reagierten Sie in der RTL-Sendung „Background“ gelassen. Eigenen Aussagen zufolge arbeiten Sie lieber in Ruhe, anstatt mit vermeintlichen Sensationsnachrichten den Fokus auf sich zu richten. Muss man daraus schließen, dass es Ihnen gleichgültig ist, ob die Wähler von Ihnen Notiz tragen oder nicht?

MH: Es ist mir unwichtig, ob jemand behauptet, mich wahrzunehmen oder nicht. Die meisten, mit denen ich zusammenarbeite – das betrifft auch die CGFP – konnten sich davon überzeugen. Insofern trifft die Beschreibung von „Reporter.lu“ zu. Jeden Tag auf der Matte zu stehen, um in der Öffentlichkeit

Fortsetzung siehe Seite 6

ZUR PERSON

Seine berufliche Laufbahn begann Marc Hansen im Medienbereich: Nach einem kurzen Abstecher beim Radio DNR moderierte er ab Mitte der 90er-Jahre bei RTL vorwiegend Sportsendungen. 2009 wechselte er als Pressesprecher zur DP. Zwei Jahre später übernahm er bis 2014 die Geschäftsführung des „Lëtzebuurger Journal“.

Seine politische Karriere startete Marc Hansen auf lokaler Ebene: Von 2005 bis 2014 gehörte er dem Schöfferrat der Gemeinde Useldingen an. Nach den Parlamentswahlen im Oktober 2013, bei denen der DP-Politiker im Bezirk Norden kandidiert hatte, rückte er anstelle des zu Ministerehren gelangten Fernand Etgen im Parlament nach. Nach dem Rücktritt von André Bauler im Jahr 2014 wurde der 51-Jährige als Staatssekretär in die Regierung aufgenommen. Ende 2015 wurde er zum Wohnungsbauminister sowie zum delegierten Minister für Hochschule und Forschung ernannt.



Bei der Neuaufgabe von Blau-Rot-Grün im Jahr 2018 wurde Marc Hansen das Ministerium des öffentlichen Dienstes anvertraut. Als delegierter Minister ist er zudem an der Seite von Premier Bettel für die Digitalisierung und die administrative Vereinfachung zuständig. Seit November 2015 ist er zweiter Vizepräsident seiner Partei. Marc Hansen ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.



„ Zur CGFP pflege ich gute Beziehungen. “

Fortsetzung von Seite 5

angebliche „Scoops“ in die Welt zu posaunen, das ist einfach nicht meine Art. Offen gestanden halte ich diese Herangehensweise für keinen guten Stil und bin überzeugt, dass man anders weitaus besser vorankommt.

fp: Als Politiker behält man doch immer die Wähler im Hinterkopf oder blenden Sie diese völlig aus?

MH: Oberste Priorität auf meiner Agenda ist es, sich in den Dienst des Landes zu stellen. In all den Jahren habe ich das immer so gehandhabt. Öffentliche Ankündigungen mache ich erst, wenn die Zeit reif dafür ist. Ich verzichte darauf, Aufsehen zu erregen, nur um den Fokus auf mich zu richten. Inhalte aus laufenden Verhandlungen gehören meines Erachtens nach nicht in die Öffentlichkeit.

fp: Gilt dieser Ratschlag auch für manche Ihrer Regierungskollegen?

MH: Diese Empfehlung gilt für sehr viele Menschen.

fp: Wie würden Sie Ihre Beziehungen zur CGFP beschreiben?

MH: Zur CGFP pflege ich gute Beziehungen. Als Minister des öffentlichen Dienstes tausche ich mich regelmäßig

mit ihr über bestehende Probleme aus. Natürlich haben wir des Öfteren unterschiedliche Ansichten. Jeder nimmt dabei seine spezifische Rolle wahr. Ab und zu kommen Kompromisse zustande. Ziel ist es, weiterhin einen funktionstüchtigen Staat zu gewährleisten.

fp: Bei der Vorständeokonferenz im Dezember 2021 warf die CGFP der Regierung eine gezielte Desinformationskampagne vor. Sie beschuldigte die Dreierkoalition, sich fälschlicherweise auf das Gehälterabkommen zu berufen, um keine sektoriellen Forderungen erfüllen zu müssen. Ein von der CGFP beauftragter Anwalt forderte die Regierung dazu auf, Stellung zu beziehen. Bislang ist nichts dergleichen erfolgt. Sie haben jetzt die Gelegenheit, das nachzuholen.

MH: In Zeiten wie diesen den Vorwurf von einer „Desinformationskampagne“ zu erheben, finde ich ein starkes Stück. Die Regierung betreibt keine Desinformationskampagne, weder in Bezug auf das Besoldungsabkommen noch bei anderen Themen. Wenn man ein Anliegen hat, das mich betrifft, sollte man zunächst das Gespräch mit mir aufsuchen.

Was in der Öffentlichkeit behauptet wird, lässt mich relativ kalt.

fp: Die Möglichkeiten, den Dialog aufzusuchen, waren damals längst erschöpft. Die CGFP hatte bereits zuvor mehrfach ihren Unmut darüber zum Ausdruck gebracht.

MH: Die CGFP-Spitze hat mich nie von Angesicht zu Angesicht mit dem Vorwurf einer Desinformationskampagne konfrontiert.

fp: Nichts hätte Sie davon abgehalten, auf die legitimen sektoriellen Anliegen der CGFP-Fachverbände einzugehen. Warum wiesen Sie und andere Regierungsmitglieder stets fälschlicherweise auf das Gehälterabkommen hin, um diese Anliegen abzuschmettern?

MH: Wo hat irgendwer sich auf was berufen? Wenn ich ein Anliegen habe, über das ich mit der CGFP diskutieren möchte, rede ich mit deren Präsident darüber.

fp: Im April 2020 machten Sie im Zuge des CGFP-Erfolgs bei den Sozialwahlen gegenüber dem „Luxemburger Wort“ folgende Aussage: „Das Verteilen des Kräfteverhältnisses auf gewerkschaftlicher Seite ist für mich nicht entscheidend. Ausschlaggebend ist das gemeinsame Ausarbeiten von konkreten Lösungen in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern.“ Spielt die nationale Repräsentativität der CGFP im öffentlichen Dienst und somit der Respekt des Wählerwillens bei den Sozialwahlen für Sie keine Rolle oder wie soll man Ihre Aussage deuten?

MH: Ich stehe nach wie vor zu meiner Aussage. Die beauftragte Gewerkschaft ist mein Ansprechpartner, wenn es um relevante Themen geht. In diesem Fall handelt es sich dabei um die CGFP. Wäre es eine andere Gewerkschaft, würde ich mich an diese wenden.

fp: Seit Jahrzehnten fährt die CGFP hohe Siege bei den Berufskammerwahlen im öffentlichen Dienst ein. Folglich ist Sie der einzige Ansprechpartner bei Verhandlungen, die den Staatsdienst betreffen. Teilen Sie diese Ansicht?

MH: Ich verhandle mit verschiedenen Gewerkschaften, da es unterschiedliche

Verhandlungspartner gibt. Meines Wissens nach vertritt die CGFP z.B. nicht die Staatsarbeiter, sodass ich den diesbezüglichen Kollektivvertrag mit anderen Partnern aushandele. Als Minister des öffentlichen Dienstes trete ich für alle Bediensteten ein.

fp: Die Frage war auf das allgemeine Interesse der Staatsbediensteten gemünzt, wie z.B. das Gehälterabkommen.

MH: Mit wem habe ich denn das jüngste Besoldungsabkommen ausgehandelt?

fp: Mit der CGFP. Gilt das auch mit Blick auf die Zukunft?

MH: In meiner Eigenschaft als Beamtenminister habe ich ein Gehälterabkommen mit der CGFP unterschrieben. Zudem habe ich mit ihr eine Vereinbarung über die unteren Laufbahnen beim Staat getroffen. Deshalb halte ich diese Frage für unberechtigt.

fp: Beim letzten Gehälterabkommen nahm die CGFP erneut eine vernünftige Haltung ein: Angesichts der vielen Ungewissheiten im Zusammenhang mit der Corona-Krise verzichtete sie auf Gehaltsforderungen. Wissen Sie, wann die letzte lineare Erhöhung im Staatsdienst erfolgte?

MH: Nicht in den Jahren, in denen ich dieses Ressort geleitet habe.

fp: 2023 werden es fünf Jahre her sein. Ist da eine finanzielle Aufwertung nicht sowieso längst überfällig?

MH: Die Diskussionen über das künftige Gehälterabkommen führe ich mit den Vertretern der CGFP-Exekutive. Das ist so klar, „wéi Bouletteszopp.“

fp: Zeichnen Sie mit Blick auf das nächste Gehälterabkommen rote Linien auf?

MH: Das aktuelle Abkommen, das die Regierung und die CGFP ausgehandelt haben, wird mindestens bis zum Jahresende gültig sein. Derzeit besteht also absolut kein Bedarf, dieses Thema anzugehen.

fp: Die Bediensteten möchten in diesen unsicheren Zeiten bestimmt erfahren, was sie erwartet?

MH: Sie wissen, was sie bis Dezember 2022 erwartet. Alles andere wird man sehen. Ich habe nicht einmal damit begonnen, mit jemandem über die Gestaltung der künftigen Verhandlungen zu reden. Warum auch? Die Laufzeit des geltenden Abkommens gilt mindestens noch sieben Monate.

fp: Im März einigte sich die Regierung mit der CGFP, dem LCGB und der UEL im Rahmen der Tripartite auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket, mit dem u.a. die Kaufkraft der Bürger, zumindest teilweise, abgesichert wird. Wie bewerten Sie dieses Abkommen?

MH: Die Tripartite-Teilnehmer haben in einer außergewöhnlich schwierigen Lage die Köpfe zusammengesteckt. Dabei wurde eine ausführliche Bestandsaufnahme der aktuellen Situation durchgeführt. Die Dreiergespräche wurden auf eine vernünftige und offene Art und Weise geführt. Am Ende eines relativ langen und intensiven Verhandlungsprozesses wurde sich auf ein gutes, ausgewogenes Abkommen geeinigt, das genau jene Bürger unterstützt, die derzeit am meisten Hilfe benötigen. Die Vereinbarung trifft bei vielen auf Zustimmung, u.a. auch bei der CGFP, was ich zu schätzen weiß. Das Verhandlungsergebnis hat gezeigt, dass das Luxemburger Sozialmodell funktioniert.

fp: Eine der drei Gewerkschaften weigerte sich, dem Tripartite-Abkommen grünes Licht zu erteilen. Haben Sie für diese Haltung Verständnis?

„ Die Diskussionen über das künftige Gehälterabkommen führe ich mit den Vertretern der CGFP-Exekutive. Das ist so klar, „wéi Bouletteszopp.“



„ Das unterzeichnete Tripartite-Abkommen muss jetzt zügig umgesetzt werden. Daran haben sich alle Vertragspartner zu halten. Alles andere ist „moutarde après dîner.“ **“**

MH: Auf der Tripartite wurde eine Einigung erzielt. Das ist von vorrangigem Interesse. Jetzt gilt es, das unterzeichnete Abkommen zügig umzusetzen. Daran haben sich alle Vertragspartner zu halten. Alles andere ist „moutarde après dîner“.

fp: Im Koalitionsprogramm hatte sich die Regierung darauf verständigt, den Index nicht anzutasten. Im Dezember vergangenen Jahres wiederholte Premier Bettel, dass der Index keineswegs infrage gestellt werde. Anfang März stand der Index plötzlich trotzdem auf der Agenda. Wie lässt sich diese 180-Grad-Kehrtwende der Regierung erklären? Wurde der vom Patronat ausgeübte Druck auf einmal doch zu stark?

MH: Diese Diskussion kommt etwas zu spät. Dem Patronat jetzt Schuldzuweisungen zu machen, halte ich für unangebracht. Was die Regierung betrifft, weise ich darauf hin, dass sich die Corona-Krise damals bei der Erstellung des Koalitionsabkommens noch nicht abzeichnete. Unvorhersehbar war auch der Krieg in der Ukraine.

fp: Was ist, wenn sich im Laufe der Zeit herausstellen sollte, dass das mehr als 800 Millionen Euro schwere Maßnahmenpaket nicht ausreicht, um der Inflation wirksam entgegenzusteuern? Wäre die Regierung gewillt, nachzubessern?

MH: Im besagten Abkommen haben sich die Partner darauf geeinigt, dass eine weitere Tripartite einberufen wird, falls sich die Lage verschlimmern sollte. Was danach passieren wird, ist Bestandteil der Verhandlungen.

fp: Vor dem Ukraine-Krieg hatte uns die Pandemie in Atem gehalten. Der Staatsdienst meisterte diese Krise gut und erhielt das öffentliche Leben aufrecht. Nur bei der Wertschätzung gegenüber den Agenten hapert es noch, finden Sie nicht auch?

MH: (überlegt) Woran machen wir die Wertschätzung denn fest?

fp: In Deutschland z.B. wurde rund einer Million öffentlich Bediensteten ein steuerfreier Corona-Bonus gewährt...

MH: ...Sollen wir jetzt etwa damit beginnen, Luxemburg und Deutschland miteinander zu vergleichen? Ich halte das für einen falschen Ansatz.

fp: Sie hatten die Frage aufgeworfen, woran man die Wertschätzung festlegen kann. Daraufhin nannte ich Ihnen ein Beispiel. Auch Frankreich, das finanziell deutlich weniger gut aufgestellt ist als Luxemburg, führte eine Corona-Prämie für die Staatsbediensteten ein. Warum wurde das hierzulande nicht in Erwägung gezogen?

MH: So weit ich mich erinnere, hatte die CGFP eine solche Forderung erhoben, bevor sie diese wieder zurückzog.

fp: Die CGFP hatte mehrmals eine Corona-Prämie ins Gespräch gebracht. Es war eine von vielen Überlegungen, die damals geführt wurden. Sie verzichtete jedoch danach nie ausdrücklich darauf.

MH: Ich verweise Sie in diesem Zusammenhang auf ein Interview, das CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff dem Radio 100,7 gestattet hatte, in dem Abstand von einer Forderung nach einer Corona-Prämie genommen wurde.

** (Anmerkung der Redaktion: Als „Invité vum Dag“ bestätigte Romain Wolff am 16. Dezember 2020, dass sich die CGFP dafür ausgesprochen hatte, jenen Staatsbediensteten, die während der Pandemie Außergewöhnliches geleistet haben (CGDIS, Polizei...), auf irgendeine Art und Weise, z.B. mit einer Prämie oder einem zusätzlichen Urlaubstag, entgegenzukommen. Dieser Vorschlag sei damals jedoch sofort vom zuständigen Minister verworfen worden, so Wolff. Zugleich hatte der CGFP-Nationalpräsident betont, dass die Prämie zu jenem Zeitpunkt keine oberste Priorität darstelle. Seine damalige Aussage schloss jedoch keineswegs aus, dass dieses Anliegen zu einem späteren Zeitpunkt, wenn der Höhepunkt der Krise überschritten sei, wieder auf die Agenda rücken könne. Zu einem entsprechenden Gespräch ist es im Übrigen bis heute nicht gekommen.)*

fp: Niemand hätte die Regierung daran gehindert, sich mit einer Corona-Prämie gegenüber den Bediensteten erkenntlich zu zeigen. Luxemburg hätte sich, wie so oft zuvor während der Pandemie, ein Beispiel an den Beschlüssen seiner Nachbarländer nehmen können.

MH: Sowohl der Staat als auch die Privatwirtschaft haben während der Pandemie gute Arbeit geleistet....

fp: ...Die CGFP hat nie das Gegenteil behauptet....

MH: ...Neben der Pandemie gibt es andere Krisen, in denen Staatsbedienstete wertvolle Dienste für ihr Gehalt leisten. Dies gilt ebenso für den Privatsektor. Im Gegensatz zur Privatwirtschaft mussten jedoch die Beschäftigten beim Staat keine finanziellen Einbußen hinnehmen. Die Gehälter wurden stets ausbezahlt.

fp: Ihre Darstellung trifft aber auch auf jene Länder zu, die im öffentlichen Dienst eine Corona-Prämie bei vollem Lohn ausbezahlt haben.

MH: Ich gestalte Politik in Luxemburg. Obwohl hierzulande in manchen Kreisen die Forderung gestellt wurde, auch die Staatsbediensteten müssten finanziell kürzertreten, hat die Regierung diesem Verlangen keine Folge geleistet. Was in Deutschland oder in Frankreich geschieht, will ich nicht kommentieren, denn das würde bedeuten, dass hier Äpfel mit Birnen verglichen werden. Die ganze Angelegenheit ist äußerst komplex und facettenreich – auch im Staatsdienst.

fp: Die Corona-Krise hat die Arbeitsweise nachhaltig stark verändert. Wie viele Bedienstete machen derzeit jede Woche vom Homeoffice Gebrauch?



MH: Diese Zahl liegt mir nicht vor. Die Situation wird je nach Verwaltung unterschiedlich gehandhabt.

fp: Gibt es diesbezüglich keine Datenbank?

MH: Nein.

fp: Warum eigentlich nicht?

MH: Diese Daten werden seit Jahrzehnten beim Staat nicht zentral erfasst. Wir sind jedoch dabei, erste Tools zu entwickeln, um Abhilfe zu schaffen.

fp: Die CGFP und die Regierung sind dabei einen neuen Rahmen zu schaffen, der die künftige Regelung der Telearbeit festlegt. Patchwork-Familien bringen mit sich, dass Staatsbedienstete zunehmend an mehreren Wohnorten leben. Die CGFP fordert deshalb, dass die Beschäftigten von verschiedenen Wohnorten aus mobil arbeiten dürfen. Sind Sie bereit, mit auf diesen Weg zu gehen?

MH: Im Gegensatz zur CGFP diskutiere ich nicht im PR-Presseorgan der CGFP über den künftigen Rahmen der Telearbeit.

fp: Die Staatsbediensteten möchten jedoch Klarheit haben.

MH: In einer ersten Phase habe ich Vorschläge zur künftigen Homeoffice-Regelung unterbreitet. Ich hätte es für angebracht gehalten, als Gewerkschaft zunächst den Dialog mit dem Minister aufzusuchen, bevor sie damit in die Öffentlichkeit geht.

fp: Bevor die CGFP ihren Standpunkt in „fonction publique“ darlegte, hatten Sie das entsprechende Dokument zugeschickt bekommen.

MH: Das halte ich nicht für den richtigen Weg. Man verfasst keinen Brief, in dem es heißt „ein Thema, das wir bei

unserem künftigen Austausch diskutieren sollten“ und macht dann das Ganze sofort öffentlich. Ich habe meine Vorschläge auch unter Verdeck gehalten.

fp: Beim Homeoffice gibt es noch viel Klärungsbedarf in Bezug auf die Grenzgänger, u.a. was die Steuergesetzgebung und die Sozialversicherung anbelangt. Werden derzeit Gespräche mit den Nachbarstaaten geführt, um auch im öffentlichen Dienst eine dauerhafte Lösung zu finden? Zurzeit hangeln wir uns mit Sondergenehmigungen von einer Frist zur anderen durch.

MH: Diese Verhandlungen fallen in den Kompetenzbereich des Finanz- und Sozialversicherungsministers.

fp: Sie sitzen doch auch im Ministerrat. Besteht in Regierungskreisen zumindest der Wille, eine dauerhafte Lösung zu finden?

MH: Mein Prinzip besteht darin, dass ich nicht über Verhandlungen berichte, die meine Regierungskollegen womöglich mit ausländischen Behörden führen. Ich wäre auch nicht froh darüber, wenn sich ein Regierungskollege zu Dossiers äußern würde, die mich betreffen.

fp: Die CGFP fordert nach wie vor die Abschaffung des umstrittenen Bewertungssystems im öffentlichen Dienst. Dieses Konzept mag in einer rein profitorientierten Privatwirtschaft Sinn ergeben, nicht jedoch im Staatsdienst, der universelle Dienstleistungen gewährleisten muss, heißt es seitens der CGFP. Warum hält die Regierung dennoch weiterhin daran fest?

MH: Wenn ich mich nicht irre, wurde das Bewertungssystem mit dem Einverständnis der CGFP eingeführt....

Fortsetzung siehe Seite 8



Fortsetzung von Seite 7

fp: ...Die CGFP hatte damals zähneknirschend ihre Zustimmung dafür gegeben, um weitaus schlimmere Maßnahmen zu verhindern. Aufgrund der in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungswerte bleibt die CGFP jedoch der festen Überzeugung, dass das Bewertungssystem im öffentlichen Dienst sinnlos ist.

MH: Was bitte schön soll dabei denn so dramatisch sein?

fp: Nochmals, warum klammert sich die Regierung am Bewertungssystem fest?

MH: Im Gegensatz zur CGFP habe ich herzlich wenig negatives Feedback zum Bewertungssystem erhalten.

fp: Die ganze Vorgehensweise strotzt vor Intransparenz...

MH: Das Bewertungsgespräch mit dem Vorgesetzten verläuft nicht im stillen Kämmerlein. Jeder Staatsbedienstete darf von einer Person seiner Wahl begleitet werden. Anschließend bekommt die betreffende Person ein Bewertungsschreiben zugeschickt und kann schriftlich dazu Stellung beziehen. Der Be-

dienstete kann die Benotung anfechten und Einspruch dagegen erheben. Wo ist da der Mangel an Transparenz? Außerdem zieht eine schlechte Bewertung beim Staat – im Gegensatz zum Privatsektor – keine harten Sanktionen, wie z.B. finanzielle Einbußen, nach sich. Ein formelles Gespräch über den Arbeitsprozess schadet niemandem – auch nicht im Staatsdienst. Ich sehe nicht, wo das Problem liegt.

fp: Der CGFP-Vorwurf mangelnder Transparenz bezieht sich nicht so sehr auf den Ablauf des Evaluierungsgesprächs. Vielmehr geht es darum, dass die CGFP eine Aufschlüsselung aller erfolgten Bewertungen gefordert hat (Note 1 bis Note 4). Dieses Zahlenmaterial ist nicht zugänglich. Ohne diese Daten ist es jedoch schwierig, eine verlässliche Analyse durchzuführen.

MH: Im Gehälterabkommen haben die Regierung und die CGFP vereinbart, das Bewertungssystem einer kritischen Analyse zu unterziehen, um anschließend die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen zu ziehen. Von einer Abschaffung war nie die Rede. Wichtig ist es, unvoreingenommen in diese Gespräche zu gehen. Wenn die Gegenseite jedoch von vorneherein nur darauf aus ist, das ganze System abzuschaffen, macht mich das sprachlos.

fp: Werden Sie bei der Aufschlüsselung der Bewertungen Transparenz walten lassen?

MH: Falls das in der kritischen Analyse einer jener Punkte ist...

fp: Die CGFP hat ausdrücklich darum gebeten?

MH: Das kann ich nicht beurteilen, denn ich war – wie zu Beginn abgemacht – nicht in der Arbeitsgruppe anwesend. Ich kann jedoch gerne daran teilnehmen, falls das weiterhelfen sollte.

fp: Werden Sie die Zahlen auf den Tisch legen oder nicht?

MH: Wenn dies das Ergebnis jenes gemeinsamen Nenners ist, wie eine kritische Analyse durchgeführt werden soll (kurze Denkpause)... dieser Nenner scheint allerdings noch nicht gefunden worden zu sein. Um die Zahlen zugänglich zu machen, müsste zuvor ein Fragebogen ausgearbeitet werden. Auch diese Daten sind bislang nicht zentral erfasst worden.

fp: Als Sie das Ministerium des öffentlichen Dienstes übernahmen, hatten Sie sich vorgenommen, den Staat attraktiver zu gestalten und besser nach außen hin darzustellen, um neue Talente einzustellen. Mission accomplie?

MH: Nachdem uns die Pandemie zwei Jahre lang alles abverlangte, haben wir, wie Sie wissen, im Mai eine neue Branding-Kampagne gestartet. Diese beschränkt sich nicht auf einen Kurzfilm. Nein, die Kampagne wird u.a. massiv in den sozialen Medien gestreut. Das Projekt wurde ausschließlich von



„ Wenn die Gegenseite von vorneherein nur darauf aus ist, das ganze Bewertungssystem abzuschaffen, macht mich das sprachlos. “

Découvrez
LONDRES

VIVEZ UNE EXPÉRIENCE INOUBLIABLE

**LUXEMBOURG - LONDON CITY
ALLER SIMPLE**

à pd **39€** TTC*

34 vols par semaine

Réservez dès maintenant dans votre agence de voyages,
votre Luxair Travel Store ou sur luxair.lu

*Offre soumise à conditions selon disponibilité

Staatsbediensteten verwirklicht, die sich alle freiwillig dazu bereit erklärt haben, mitzumachen. Auf Statisten wollten wir gänzlich verzichten.

fp: Lässt sich das Ziel der Kampagne quantifizieren?

MH: Die Kampagne zielt darauf ab, den Staat mit all seinen attraktiven und vielfältigen Laufbahnen in den Mittelpunkt zu stellen. Das wird nicht jedem gefallen. Der Staat muss jedoch zu solchen Mitteln greifen, um sich die üblichen Klischees loszuwerden, die immer noch in den Köpfen vieler Menschen schwirren.

fp: Als delegierter Minister sind Sie darum bemüht, den digitalen Wandel und die administrative Vereinfachung voranzutreiben. Damit niemand bei der Digitalisierung den Anschluss verpasst, hatte Ihr Ministerium 40 Initiativen angekündigt. Was wurde davon inzwischen umgesetzt?

MH: Der „Plan national d’inclusion numérique“ hat in der Tat konkrete Formen angenommen. So wurde z.B. eine digitale Akademie eingerichtet, die Staatsbedienstete in Bezug auf digitale Inhalte ausbildet. Ferner bietet die Erwachsenenbildung Kurse für viele Akteure an: Unter anderem erhalten die Amiperas und die Jugendhäuser eine Ausbildung. Ziel ist es, die Teilnehmer fit für das digitale Zeitalter zu machen. Weitere Initiativen werden folgen.

fp: Infolge des Kriegsausbruchs in der Ukraine ist die Gefahr von Cyberangriffen noch größer geworden. Wie gut ist Luxemburg gerüstet, um derartige mögliche Attacken erfolgreich abzuwehren?

MH: In diesem Bereich sind Zwischenfälle leider nie ganz auszuschließen. Mehrere staatliche Einrichtungen, wie

z.B. das „Haut Commissariat à la Protection Nationale“, sind diesbezüglich stets auf der Hut und machen regelmäßig Monitorings.

fp: Neulich rief Ihr Ministerium via die sozialen Medien die Bürger dazu auf, im Rahmen einer partizipativen Plattform ihren Beitrag zur administrativen Vereinfachung zu leisten. Die CGFP wurde dabei nicht eingebunden. Warum?

MH: (Denkpause, gefolgt von einem Lächeln) Ich führe einen regen Austausch mit der CGFP. Wenn diese den Wunsch äußern sollte, mit mir dieses Thema anzugehen, dann tue ich das gerne. Die CGFP hat allerdings bislang noch nicht einen solchen Antrag gestellt.

fp: Nichts spricht dagegen, als Minister Eigeninitiative zu übernehmen und auf die CGFP zuzugehen.

MH: Das haben wir oft gemacht....

fp: Auch in Bezug auf die „simplification administrative“?

MH: Nein, aber in anderen Bereichen.

fp: Sie wirken bei öffentlichen Auftritten sehr gefasst, frei von Emotionen. Was bringt Sie aus der Ruhe?

MH: Nicht viel!

fp: Können Sie das näher erläutern?

MH: (lacht) Wenn ich das verraten würde, wüsste jeder, wie man mich aus der Reserve lockt. Das behalte ich für mich.

fp: Sind sie bereit, 2023 erneut bei den Parlamentswahlen zu kandidieren, vorausgesetzt natürlich Ihre Partei würde Sie darum bitten?

MH: Bis zu den Wahlen im kommenden Jahr wird noch viel Zeit verstreichen. Wie ich anfangs dieses Gesprächs betonte, bin ich weiterhin top motiviert und mache gerne Politik.



Lust dazu, das Ministerium des öffentlichen Dienstes für fünf weitere Jahre zu übernehmen, hätte ich allemal, aber da spielen zahlreiche andere Faktoren eine Rolle. “

fp: Kann man das als ein „Ja“ für eine erneute Kandidatur deuten?

MH: Wie Sie das auslegen, ist Ihre Sache. Ob meine Motivation zum gegebenen Zeitpunkt noch immer die gleiche ist, kann ich auch nicht mit letzter Sicherheit vorhersagen: Das Leben ist voller Überraschungen.

fp: Angenommen, die DP würde bei den Nationalwahlen erneut den Sprung in die Regierung schaffen, würde es Sie reizen, das Ministerium des öffentlichen Dienstes wieder für fünf weitere Jahre zu übernehmen?

MH: Lust dazu hätte ich allemal, aber da spielen noch zahlreiche andere Faktoren eine Rolle. Nur so viel: Die Arbeit im Ministerium des öffentlichen Dienstes mache ich gerne. Gleiches galt auch für alle anderen Ressorts, die ich zuvor geleitet habe.

fp: Ihre Partei hat turbulente Zeiten durchlebt (Plagiatsvorwürfe gegen den Premierminister, Kritik am Corona-Krisenmanagement der Familienministerin, der unerwartete Rücktritt von Finanzminister Gramegna...). Wie zuversichtlich sind Sie, dass der Wähler das Ganze bis zum Wahltermin vergessen hat?

MH: Umfragen haben ergeben, dass die Bürger trotz Krisenzeiten ganz zufrieden mit der Politik der Regierung sind. Deshalb sollte man manchen

Geschehnissen nicht allzu sehr Bedeutung schenken. Am Wahltag werden die Wähler(innen) die Regierungsarbeit der vergangenen fünf Jahre bewerten. Jetzt schon, wo nicht einmal die Wahlprogramme der Parteien vorliegen, Schlüsse ziehen zu wollen, halte ich für verfrüht. Angesichts des Vertrauens, das die Bürger Umfragen zufolge in die Regierung und insbesondere in Premierminister Bettel haben, bin ich äußerst zuversichtlich, dass meine Partei bei den kommenden Wahlen hervorragende Ergebnisse einfahren wird.

fp: Haben Sie bereits Pläne für die Zeit nach ihrer politischen Laufbahn?

MH: Nein, definitiv nicht. Zurzeit stehe ich jeden Tag im Dienst des Landes. Da wäre es unangemessen, bereits Pläne zu schmieden, was ich im Jahr 2035 in Angriff nehmen werde.

fp: Auch ein Minister hat ein Recht auf Privatsphäre. Erlauben Sie mir trotzdem diese Frage: Wie darf man sich Marc Hansen zu Hause in der Freizeit als Privatmensch vorstellen?

MH: Gar nicht! Der Privatmensch Marc Hansen ist eine private Angelegenheit, die ich nur mit sehr wenigen Menschen teile.

fp: Vielen Dank für das Gespräch!
Die Fragen stellte Max Lemmer



EXKLUSIV OFFER FIR STAATSBEAMTEN

D’Bank wiessele war nach ni esou interessant an einfach. Profitéiert vu ville Virdeeler a vun eisem Bankmobilitéitsservice¹⁾

bgl.lu/de/bankkonto-beamte



BGL
BNP PARIBAS

D’Bank
fir eng Welt
déi ännert

1) D’Offer gëllt nëmme fir Lëtzebuurger Staatsbeamten, bei enger Domiciliatioun vum Säläre. D’Ouverture vum Kont ënnerläit Konditiounen. Mëi Informatiounen iwwer d’Konditiounen vun der Ouverture vum Kont an eis Tariffer op bgl.lu oder um (+352) 42 42-2000.
BGL BNP PARIBAS S.A. (50, avenue J.F. Kennedy, L-2951 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg : B 6481) Kommunikatioun Marketing Mee 2022



CGFP stimmt Tripartite-Abkommen zu

Rolle rückwärts: Regierung und Patronat rudern beim Indexmechanismus zurück

Die hohen Energiepreise erforderten schnelles Handeln und außergewöhnliche Maßnahmen. Bei der Suche nach Lösungen im Rahmen der Tripartite lagen die Positionen zu Beginn weit auseinander. Nach zähem Ringen konnte ein Kompromiss erzielt werden, der sowohl die Bürger als auch die Unternehmen in diesen Krisenzeiten entlastet. Bevor jedoch der Durchbruch erfolgte, hatte es mehrmals hinter den Kulissen tüchtig gebrodelt. Rückblick auf ein insgesamt 40-stündiges Verhandlungsmarathon.

Der versuchte Angriff auf das bewährte Indexsystem war von langer Hand geplant. Bereits Mitte Dezember vergangenen Jahres forderte der Direktor der Handelskammer eine Überarbeitung des Index, um die Wettbewerbsfähigkeit Luxemburgs zu gewährleisten. Dabei sprach er sich für die Umstellung auf einen nachhaltigen nationalen Verbraucherpreisindex aus, ohne dabei die fossilen Energieträger zu berücksichtigen. Dieser Vorschlag klang nach einem verfrühten Aprilscherz: Ein Ausklammern der Treibstoff- und Heizölprodukte käme einer Abschaffung des Indexsystems gleich, da die rasant steigenden Spritpreise die Inflation maßgeblich anheizen. Außerdem wäre ein Großteil der Bürger nicht in der Lage, im Handumdrehen auf fossile Produkte zu verzichten.

Nur wenige Wochen später tischte der Generalsekretär der Handwerker-

föderation die alte Kampfrhetorik des Patronats im Stammtischjargon auf: „Ist die Lohnindexierung ein geeignetes Instrument zur Erhaltung der Kaufkraft, ist der Frühschoppen um 10 Uhr auch ein gutes Mittel gegen Kater! Warum nur raten einem die Ärzte eher zur Mäßigung des Alkoholkonsums?“, witzelte der Leitartikler. Völlig weltfremd seien in diesem Zusammenhang die Aussagen und Forderungen der Gewerkschaften, die unisono „mehr Kaufkraft“ verlangen würden. Es sei wieder einmal an der Zeit, die Indexdiskussion zu führen. Mit „weiter so“ werde sich die Dreierkoalition dieses Mal nicht „aus der Sache herauswinden“ können, hieß es abschließend.

Anfang März gab die Regierung schließlich dem Druck des Patronats nach und kündigte die kurzfristige Einberufung einer Tripartite zur Preisentwicklung im Energiebereich an. „Der

Frieden und die Verteidigung unserer Werte haben einen Preis, den wir alle bereit zu zahlen sein müssen“, lautete das Mantra von Staatsminister Bettel. Der Tonfall klang ernst und ließ das Schlimmste befürchten. Die Verteidigung der sozialen Errungenschaften und die damit einhergehende Wahrung des sozialen Friedens hätten ebenfalls ihren Preis, konterte die CGFP postwendend in einer Pressemitteilung vom vergangenen 14. März.

Obwohl die Regierungsmitglieder im Vorfeld der Tripartite das Wort „Index“ mieden wie der Teufel das Weihwasser, war schnell durchgesickert, dass die Index-Diskussion der Knackpunkt der Dreiergespräche sein würde. Dabei hatten die Mehrheitsparteien noch am 9. Februar im Parlament eine Motion hinterlegt, in der sie sinngemäß versicherten, dass die automatische Lohnindexierung – wie im Koalitionsabkommen vereinbart – aufrechterhalten werden müsse. Nur wenige Wochen später bahnte sich jedoch ein Sinneswandel an. Den grünen Vizepremierminister, der Anfang der 80er-Jahre selbst an Kundgebungen zum Erhalt des Indexmechanismus teilgenommen hatte, muss dabei ein mulmiges Gefühl überkommen sein.

CGFP zeichnet rote Linie auf

Drei Tage vor dem Beginn der Tripartite redete CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff am 19. März auf dem Kongress der Briefträgergewerkschaft Klartext: „Die CGFP wird weder einer Infragestellung des Indexsystems noch einer Abschaffung des besagten Mechanismus zustimmen!“ Gerade in Zeiten steigender Preise sei es das falsche Signal, den Kaufkraftverlust der Bürger auch nur im Geringsten einzuschränken.

Eine Infragestellung des Indexsystems würde zudem einen Verstoß gegen das geltende Gehälterabkommen im öffentlichen Dienst darstellen, legte Wolff nach. Die CGFP werde ein derartiges Vorgehen in keiner Weise dulden, stellte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger gegenüber Journalisten klar. In der Tat hat sich die Regierung dazu verpflichtet, während des laufenden Besoldungsabkommens keine sozialen Errungenschaften

anzutasten. Das Indexsystem, das vor 101 Jahren erstmals im Staatsdienst zum Tragen kam (siehe Seite 14), ist das Musterbeispiel eines „acquis social“ schlechthin.

Seit ihrer Gründung weist die CGFP unermüdlich darauf hin, dass das Indexsystem eine Errungenschaft ist, die nicht durch faule Kompromisse ausgehebelt werden darf. Angriffe gegen den Indexmechanismus sind kein Novum. In all den Jahren hat sich die CGFP stets dafür stark gemacht, dass dieses Konzept bestehen bleibt, da es ein Garant für den Erhalt des sozialen Friedens ist und somit auch eine tragende Säule des Wirtschaftserfolges Luxemburgs darstellt.

Patronat forderte ersatzlose Streichung aller Tranchen

Das Indexsystem darf nicht dazu dienen, soziale Ungleichheiten zu korrigieren. Es handelt sich lediglich um ein Instrument, mit dem Preissteigerungen nachträglich und nur teilweise ausgeglichen werden. Eine Sozialpolitik, die ihrem Namen gerecht werden will, muss daher mittels steuerlicher Maßnahmen gestaltet werden. Deshalb hält die CGFP u.a. an ihrer langjährigen Forderung nach einer längst überfälligen Anpassung der Steuertabelle an die Inflation fest. Die letzte (nur teilweise) Anpassung erfolgte 2009. Seitdem ist die Steuerlast der Bürger kontinuierlich gestiegen.

Der Auftakt der ersten Tripartite-Runde am 22. März war langatmig: In weit-schweifigen Vorträgen versuchten Regierung und Patronat den Gewerkschaften weiszumachen, wie bedrohlich die aktuelle Lage sei. Anschließend holten die Vertreter der „Union des Entreprises Luxembourgeoises“ (UEL) zum ersten Schlag aus: Sämtliche Indextranchen, die dieses Jahr anfallen würden (maximal drei), sollten ersatzlos gestrichen werden. Im Gegenzug sollten Gering- und Mittelverdiener eine finanzielle Entschädigung erhalten – auf Kosten des Staates!

Die Regierung setzte dieser haarsträubenden Forderung nichts entgegen. Überhaupt entstand am ersten Verhandlungstag im Gewerkschaftslager der Eindruck, dass zwischen Blau-Rot-Grün und der UEL kein Blatt Papier passte: Die jeweiligen Stellungnahmen waren



in vielen Punkten absolut deckungsgleich. Die drei national repräsentativen Gewerkschaften, allen voran die CGFP, zeigten sich entrüstet über die dreisten Patronatsforderungen und leisteten erbitterten Widerstand. Wie zu befürchten, endete der erste Verhandlungstag ergebnislos.

Tags darauf startete die zweite Tripartite-Runde sofort mit einem Paukenschlag: Die Regierung habe soeben beschlossen, dass die April-Indextranche nicht gestrichen, sondern pünktlich ausbezahlt werde, teilte Premier Bettel den Sozialpartnern mit. Die Patronatsvertreter nahmen die Botschaft mit versteinerter Miene zur Kenntnis. Viel Zeit, sich von dieser Schocknachricht zu erholen, blieb ihnen nicht.

Als der Premierminister unmittelbar danach zwei weitere Regierungsbeschlüsse bekannt gab, stand fest, dass der Plan der Arbeitgebervertreter nicht aufging. Bettel bestätigte, dass keine einzige Indextranche ersatzlos gestrichen werde. Sollte sich allerdings die Statec-Prognose bewahrheiten und eine zweite Tranche im August fällig werden, würde diese auf das kommende Jahr verschoben. Auf Druck der Gewerkschaften hin erklärte sich die Regierung dazu bereit, diese Tranche nicht auf August 2023, sondern auf April 2023 zu verlegen.

Die CGFP war indes bereit, dieses große Zugeständnis einzugehen, allerdings unter der Bedingung, dass die Index-Verschiebung mit entsprechenden Kompensationen einhergehe. Nach der Tripartite-Sitzung vom 24. März gab es demnach Anlass zur Hoffnung auf einen Durchbruch. Die Dreiergespräche beschränkten sich nicht auf ein bloßes Aneinandereihen von Vorträgen. Auf einer anschließenden gemeinsamen Pressekonferenz lobte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff den harten, aber fairen Austausch zwischen den Verhandlungspartnern: „Das war eine richtige Tripartite.“

Zermürbende Diskussionen über Index-Kompensationen

Die Tripartite-Teilnehmer waren sich einig darüber, dass Geringverdiener überproportional kompensiert werden sollen: Je höher das Einkommen ist, desto kleiner fällt die Entschädigung für die Index-Verschiebung aus. Auch wenn niemand dieses nachvollziehbare Prinzip infrage stellte, wurde im Laufe der Verhandlungen immer offensichtlicher, dass das umfassende Maßnahmenpaket noch viel Unbekanntes in sich barg. Es folgte eine zermürbende Diskussion über die Einzelheiten dieses Ausgleichsmechanismus.

In den Gesprächen, die die CGFP übers Wochenende und in den darauffolgenden Tagen in kleiner Runde mit einzelnen Regierungsvertretern führte, wurden die unterschiedlichen Auslegungen zunehmend deutlicher. Nach Lesart der Gewerkschaften bezog sich die Kompensierung auf eine Pro-Kopf-Berechnung. Das Finanzministerium sprach hingegen von einem Missverständnis und behauptete, dass nicht die Beschäftigten, sondern die Haushalte ausschlaggebend für die Berechnung seien. Nach langem Tauziehen wurde letztendlich eine Pro-Kopf-Berechnung vereinbart.

Ferner berief sich Finanzministerin Yuriko Backes auf eine Statec-Studie aus dem Jahr 2019, in der die Gehälter der Privathaushalte und die Aufschlüsselung der Ausgaben aufgelistet worden waren. Schnell stellte sich jedoch heraus, dass die von der Regierung vorgesehenen Kompensationen nicht der pünktlichen

Auszahlung einer Indextranche entsprachen. Der Unterschied wurde anhand eines konkreten Beispiels geschildert. Erfällt eine Indextranche, wäre das Nettoeinkommen eines Mindestlohnempfängers um 35 Euro pro Monat gestiegen. Bei der zunächst vorgesehenen Kompensation hätte dem Haushalt des Mindestlohnbeziehers nur noch ein Steuerkredit von 25 Euro zugestanden.

Die Gewerkschaften forderten deutliche Nachbesserungen. Es sei lächerlich, davon auszugehen, dass eine maximale monatliche Kompensation von 25 Euro ausreiche, um die verspätete Auszahlung einer Indextranche auszugleichen, betonte die CGFP. Genauso absurd sei die Annahme, dass jene Arbeitnehmer, die mehr als 3.000 Euro netto im Monat verdienen, keinen Kaufkraftverlust durch die Verschiebung einer Indextranche erleiden würden, hieß es weiter.

Mahnende Worte des CGFP-Nationalvorstands

Der von der Regierung vorgelegte Kompromissvorschlag wurde in der Sitzung des CGFP-Nationalvorstandes am 29. März einer gründlichen Analyse unterzogen. Das Gremium lobte zunächst die CGFP-Exekutive für ihre Entschlossenheit und ihr Durchsetzungsvermögen im Laufe der bisherigen Verhandlungen. Ausdrücklich begrüßt wurde, dass nicht am Indexmechanismus als solches gerüttelt wird.

Mit Genugtuung wurde festgestellt, dass die Patronatsforderungen zur Streichung aller in diesem Jahr anfallenden Indextranchen erfolgreich abgewehrt werden konnte. Handlungsbedarf gab es jedoch aus Sicht des „Comité fédéral“ in Bezug auf die geplanten Kompensationen. Der Regierung wurde in diesem Zusammenhang mangelnde Kompromissbereitschaft vorgeworfen.

Der CGFP-Nationalvorstand erteilte der Exekutive das Mandat, weitere Verhandlungen mit der Regierung zu führen. An die Dreierkoalition ging zugleich der Appell, nennenswerte Zugeständnisse bei den angekündigten Maßnahmen zur Kompensierung der Index-Verschiebung zu machen, andernfalls könne kein Durchbruch erzielt werden.

Die dritte Tripartite-Runde, die am 30. März einen Tag früher als geplant einberufen wurde, stand demnach unter keinem guten Stern. Nach insgesamt 40 Stunden langen Beratungen endete das Verhandlungsmarathon kurz vor Mitternacht. Tags darauf beschloss die CGFP-Exekutive einstimmig, gemäß dem Auftrag des Nationalvorstandes, dem vorgelegten Kompromissvorschlag der Regierung zuzustimmen.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Premier Bettel sowie den Vorsitzenden der UEL und des LCGB kommentierte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff das erzielte Abkommen treffend mit diesen Worten: „Der Indexmechanis-



mus als solches bleibt unangetastet, das Tripartite-Modell bleibt erhalten und die niedrigeren Gehaltsklassen werden bei der Verschiebung einer Indextranche am stärksten finanziell entschädigt.“ Alle Kernforderungen der CGFP wurden somit erfüllt.

Als einziger der fünf Verhandlungspartner trug der OGBL das Maßnahmenbündel nicht mit. Von Beginn an hatten die Arbeitnehmervertreter eine geschlossene Gewerkschaftsfront gebildet. Sämtliche Forderungen waren mit einer gemeinsamen Stimme vorgetragen worden. Die Anforderungen, die die Gremien an ihre jeweiligen Gewerkschaften gestellt hatten, waren jedoch mit Nuancen behaftet. Als sich die Verhandlungen dem Ende zuneigten, war der Punkt erreicht, an dem die Gewerkschaften das ihnen erteilte Mandat erfüllen mussten.

Keine Zersplitterung der Gewerkschaftslandschaft

Eine Ablehnung des „Solidaritätspakets“ stellte für die CGFP keine Option dar. Eine solche Abkehr hätte bedeutet, dass die Regierung eigenhändig, ohne jeglichen Einfluss der Gewerkschaften zur Tat geschritten wäre. Auch wenn bedauernswerterweise nicht alle Sozialpartner dem Tripartite-Abkommen zugestimmt haben, kann jedoch nicht von einer Zersplitterung der luxemburgischen Gewerkschaftslandschaft die Rede sein.

Das Tripartite-Abkommen hat es in sich: Die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen schlagen mit insgesamt 830 Millionen Euro zu Buche. Dieser beachtliche Betrag stellt rund 2 % des Bruttoinlandsproduktes dar und hat somit enorme Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Dennoch ist die Freistellung dieser beeindruckenden Finanzmittel völlig gerechtfertigt. „Außergewöhnliche Momente erfordern außergewöhn-

liche Maßnahmen“, betonte Premier Bettel völlig zutreffend am 31. März in seiner Regierungserklärung vor den Abgeordneten. Ausschlaggebend für die CGFP-Zustimmung war die langfristige Absicherung des Indexsystems.

Die April-Tranche trat ohne Verzögerung in Kraft. Durch diese automatische Lohnindexierung sind die Gehälter, Pensionen und Renten am 1. April um 2,5 % gestiegen. Die nächste Tranche, die voraussichtlich im August eintritt, wird auf April 2023 verlegt. Der Ausfall, der dadurch entsteht, wird bei den unteren und mittleren Einkommensschichten durch den neuen Steuerkredit „Energie“ teilweise kompensiert.

Bei der Festlegung dieses Steuerkredits hat die Regierung nach zähem Ringen Zugeständnisse gemacht. Immerhin beträgt der Kostenpunkt dieser Maßnahme insgesamt 432 Millionen Euro. Kein Bürger verfüge über weniger Kaufkraft als vor der Krise, unterstrich der Regierungschef.

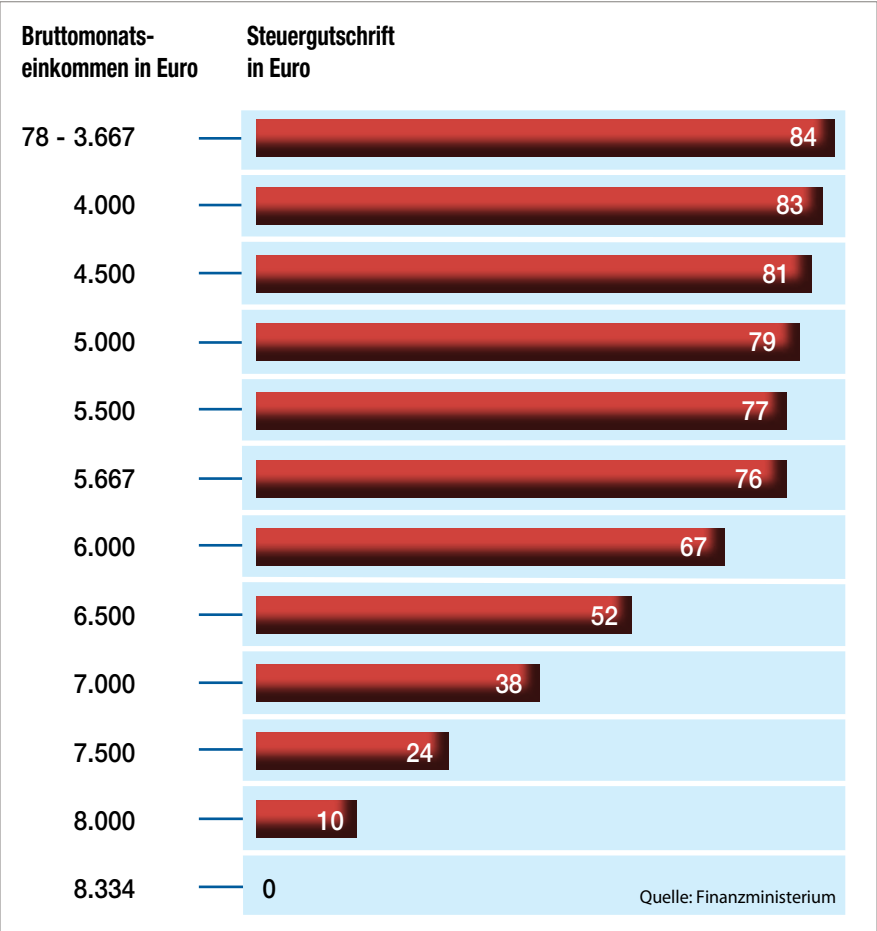
Entscheidend für die Höhe der monatlichen Kompensation ist das Bruttoeinkommen. Je mehr man verdient, desto niedriger fällt die Steuergutschrift aus. Bei einem Bruttojahreseinkommen von bis zu 44.000 Euro wird ein einheitlicher Betrag von 84 Euro pro Person und pro Monat ausbezahlt. So ist z.B. die Überkompensierung, die einem Mindestlohnempfänger zusteht, beinahe doppelt so hoch wie das Auszahlen einer normalen Indextranche.

Ein Solidaritätsakt

Ab 68.000 Euro Jahresabkommen wird diese Summe schrittweise kleiner. Personen, die 100.000 Euro brutto im Jahr und mehr verdienen, steht kein Steuerkredit zu (siehe Tabelle Seite 12). Alle Steuerkredite werden auch bei den Ruheständlern und den Grenzgängern angewandt und sind von der Steuer befreit. Außerdem

Fortsetzung siehe Seite 12





Fortsetzung von Seite 11

wird mit dem „Crédit d’impôt énergie“ der Impact der CO2-Steuer in diesem und im kommenden Jahr ausgeglichen.

Die CGFP wertet diese sozial gestafelte Maßnahme als einen Solidaritätsakt. Am vergangenen 29 März hatte der Nationalvorstand das Prinzip der Staffelung ausdrücklich befürwortet, wohlwissend, dass ein Großteil der Staatsbediensteten nicht in den Genuss des Ausgleichsmechanismus kommen wird.

Nachdem die CGFP bereits beim Ausbruch der Pandemie bei den Gehälterverhandlungen auf eine lineare Punktwert-erhöhung verzichtet hatte, hat sie jetzt mit ihrer vernünftigen Herangehensweise in den Tripartite-Verhandlungen erneut wahre Größe gezeigt. So wie es sich für eine glaubwürdige und verantwortungsvolle Gewerkschaft gehört, nahm die CGFP von Beginn an Abstand von jeglicher Polemik und Effekthascherei.

Das im Rahmen der Tripartite ausgehandelte „Solidaritätspaket“ beinhaltet weitere konkrete Hilfen zugunsten der privaten Haushalte. So werden z.B. die Mieten bis zum 31. Dezember eingefroren. Ferner wird der Mietzuschuss um 50 Euro im Monat erhöht. Zur Finanzierung dieser Maßnahme werden fünf Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Eine weitere nachhaltige Maßnahme ist die Anpassung der PRIME-House-Beihilfe. Haushalte mit einem niedrigen Einkommen können diese Prämie bei der Sanierung ihres Eigenheims verstärkt nutzen. Sonderregelungen gelten für Personen, die ein Einkommen zur sozialen Eingliederung (REVIS) beziehen sowie für Nutznießer von Studentenbörsen.

Eine weitere finanzielle Entlastung ist die Ermäßigung von 7,5 Cent pro verkauftem Liter Benzin, Diesel und Heizöl. Diese staatlichen Beihilfen gelten bis zum 31. Juli, für Heizöl sogar bis zum Jahresende. All diese Maßnahmen werden durch weitere Hilfen in Höhe von 75 Millionen Euro ergänzt, die den Bürgern bereits Ende Februar anlässlich des „Energiedesch“ gewährt wurden. Alles in allem stellt die öffentliche Hand rund 600 Millionen Euro bereit, um den Bürgern hierzulande unter die Ärmel zu greifen.

Dieser Kraftakt würde im Ausland seinesgleichen suchen, unterstrich der Staatsminister in seiner Rede vor dem Parlament. Das erzielte Abkommen ermögliche den Menschen in Luxemburg trotz der außergewöhnlichen Umstände, eine gewisse Planungssicherheit und bewahre sie vor bösen Überraschungen, stellte die CGFP am 31. März in einer Pressemitteilung klar.

Auch die Betriebe, die nach den Pandemie bedingten Einbußen jetzt unter den

steigenden Rohstoff- und Energiepreisen ächzen, werden nicht im Stich gelassen. Sie erhalten zusätzlich zur Verschiebung einer Indexranche 225 Millionen Euro an Hilfen. Diese finanzielle Unterstützung soll u.a. die dringend notwendige Energiewende einläuten. Ziel ist es, sich von der Abhängigkeit der fossilen Energien zu befreien und auf erneuerbare Energien umzusatteln. Wie bereits auf dem Höhepunkt der Corona-Krise wird der Staat bei Darlehen die nötigen Garantien für die Bürgschaft geben.

Regierung bekennt sich zum Tripartite-Modell

Die CGFP hat dem Package zugestimmt, da die beschlossenen Maßnahmen der aktuellen Krisensituation auf eine zufriedenstellende Art Rechnung tragen. Keine Maßnahmen zu ergreifen, hätte die bestehenden Probleme nur noch verschärft. Auch wenn nicht alle Partner dem Abkommen zugestimmt haben, heißt dies nicht, dass der Sozialdialog abgerissen und die Tripartite für tot erklärt ist.

Die CGFP hält nach wie vor an diesem erprobten Kriseninstrument fest. Wichtig ist dabei, dass sich alle Akteure zur Beibehaltung des Tripartite-Modells verpflichtet haben. Mit Genugtuung stellt die CGFP fest, dass sich die Regierung ohne Vorbehalte im Abkommen dazu bereit erklärt hat, eine weitere Tripartite einzuberufen, falls sich die wirtschaftliche Lage verschlechtern sollte. Gleiches gilt auch für den Fall, dass eine weitere Indexranche im Jahre 2023 eintreten sollte.

Bei künftigen Herausforderungen muss weiterhin versucht werden, mit allen Partnern eine Lösung zu finden, falls die

TERRAINEN
APPARTEMENTER
HAISER

Entdeckt eis Projeten op:
arend-fischbach.lu

A

F

AREND &
FISCHBACH

PROMOTION IMMOBILIÈRE

Situation dies erfordert. Diese Stärke, die Luxemburg bisher stets ausgezeichnet hat, muss Fortbestand haben. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die von allen Fraktionen unterstützte Schaffung eines parlamentarischen Tripartite-Sonderausschusses.

Entscheidend für den Erfolg einer Tripartite ist, dass sich alle Akteure dem Ernst der Lage bewusst sind. Dabei ist es völlig legitim, dass die einzelnen Parteien ihre „rote Linien“ verteidigen. Die Forderungen müssen jedoch vertretbar, vernünftig und finanzierbar sein. Wenn es darum geht, Luxemburg aus einer Krise zu führen, muss jeder bereit sein, im Rahmen dieser „nationalen Konsensfabrik“ Kompromisse einzugehen. Angesichts der galoppierenden Inflation war es an der Zeit, diejenigen zu unterstützen, die am meisten Hilfe benötigen. Die CGFP hat diesbezüglich ihre Verantwortung übernommen und das Abkommen aus Solidarität zu den arbeitenden Men-

schen unterzeichnet (siehe dazu auch Seite 3).

Umso enttäuschender ist es, feststellen zu müssen, dass manche Arbeitgeber offensichtlich ein anderes Verständnis von Solidarität haben. Während der Tripartite-Verhandlungen hatten die Bankenvertreter noch ein düsteres Bild des Finanzplatzes Luxemburg gezeichnet. Nur wenig später verkündete eine namhafte Bank in Luxemburg, dass sie ihren Aktionären satte Dividenden auszahlen werde. Nahezu zeitgleich ließ der Verwaltungsratsvorsitzende einer allein-gesessenen Bank durchblicken, sein Geldinstitut ziehe den Verkauf von Luxair-Anteilen in Erwägung. „Wird die Belegschaft der nationalen Airline inmitten einer turbulenten Zeit im Stich gelassen? Wo bleibt da die Solidarität“, ärgerte sich Romain Wolff in den sozialen Netzwerken.

Max Lemmer



Populistische Verunglimpfung der Indexprinzipien

Die bekennenden Indexgegner, die antisozialen Patronatskreise also, müssen einsehen, dass sie die automatischen Anpassungen nicht abschaffen können, da diese sozial notwendig und ökonomisch nützlich sind. (Siehe dazu den Artikel auf Seite 11.)

Stattdessen ist unser bewährter Indexmechanismus, seit er im Zuge der Tripartite-Gespräche im Fokus der Aufmerksamkeit steht, erneut indirekten populistischen Angriffen ausgesetzt, die gefährlich werden können, wenn man sie nicht klar kontert. Populistisch versuchen diverse Politikere und einige Medienmacher den Index schlecht zu reden, indem sie ihn als unsozial und ungerecht darstellen und ihm vorwerfen, bestimmte Ziele zu verfehlen, für welche er aber ausdrücklich nicht geschaffen wurde.

So schreibt etwa eine neugegründete Partei in ihrem Bemühen Aufsehen zu erregen, vom „sozial ungerechten Index von haut“, weil die Indextranchen bekanntlich je nach Einkommen unterschiedliche Eurobeträge ergeben, und sie stellt in der Substanz zwei Forderungen. Zum einen sollten die Mindestlohnempfänger als Ausgleich für eine 2,5 %-Preissteigerung eine 3 %-Lohnsteigerung erhalten. Zum anderen sollten 93 % der Haushalte bei jeder Tranche einen höheren Betrag als heute beziehen.

Des Weiteren bezeichnet der Leitartikler einer auflagenstarken Zeitung den Index als „die heilige Kuh der Gewerkschaften“ und behauptet frech: „Sie [=die Gewerkschaften] verehren ihn mit ideologischen Scheuklappen und wollen niemals wahrhaben, dass der Index das Gießkannenprinzip par excellence verkörpert (...) und die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderreißt.“

Diese Attacken sind nicht neu, denn im Laufe der Jahrzehnte gab es schon vielschichtige Forderungen, so etwa nach einem Einheitsbetrag, einem angehobenen Mindestsockel oder einer Deckelung der Indextranchen in Form eines Maximalbetrags. Alles Anregungen, die auf den ersten Blick sozial erscheinen mögen, in Wirklichkeit aber auf Unverständnis beruhen und vor allem den Weiterbestand dieser ganz wesentlichen sozialen Errungenschaft bedrohen können, im Falle, wo

sie eine richtige Debatte herbeiführen sollten.

Hier müssen die Zusammenhänge erklärt werden, indem man an die ganz wichtige (aber dennoch klar begrenzte) Funktion erinnert, welche die Indexierung seit hundert Jahren erfüllen soll und die sie auch tatsächlich sehr wirksam erfüllt. Diese Ausrichtung darf aber nicht durch eine Überfrachtung zusätzlicher Forderungen in Gefahr gebracht werden.

Bekanntlich bringt jede Indextranche für den Arbeitslohn und die Rentenbezüge sowie für bestimmte Sozialleistungen eine Erhöhung, die heute in allen Fällen einheitlich 2,5 % des betreffenden Einkommens ausmacht. Das ist einfach und logisch, weil ja auch die Geldentwertung, die es mit 2,5 % zu kompensieren gilt, für jedermann gleich ist.

Der Indexmechanismus bringt somit ganz bewusst nicht allen den gleichen nominalen Geldbetrag, weil ja auch die festgestellte Geldentwertung demjenigen, der 4.000 Euro verdient, zweimal so viel „kostet“ wie jenem, der nur 2.000 Euro erhält. Angesichts ihrer Funktionsweise trägt die Indexierung tatsächlich nicht dazu bei, die bestehenden Einkommensunterschiede zu verringern, also die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Nicht etwa, weil solche Forderungen unbegründet wären oder weil sie nicht angestrebt werden sollten, sondern weil dies ein separates Anliegen ist, das nichts mit Inflation und mit Geldentwertung zu tun hat.

Es ist naiv zu glauben, die Indexierung sei eine Wunderwaffe, mit der man alle Sozialprobleme auf einen Schlag lösen könnte. Es ist zudem unverantwortlich, so zu tun, als sei man in der Lage, ihn als Allheilmittel zu betrachten. Im Laufe der Jahre wurde der Index so oft in seiner Existenz bedroht und so heftig in seinem Fundament, dem Prinzip des Inflationsausgleichs, angegriffen, dass wir ihn, wann immer nur möglich aus der Schusslinie unnötiger politischer Kontroversen heraushalten sollten. Es gibt Debatten, bei denen man nie weiß, wie sie enden können.

Neben der Wahrung der Kaufkraft für die Haushalte gibt es viele andere soziale Anliegen, und diese sollte man alle im jeweiligen Kontext angehen und vertei-

digen, statt zu ihrer Durchsetzung den Index aufs Spiel zu setzen. Wenn eine Indextranche den Kleinverdienern einen ungenügenden Geldbetrag bringt, ist es einfach sachlich falsch, dies dem Index anzulasten, denn die Ursache liegt hier eindeutig beim schon zu niedrigen Einkommen vor der Anpassung. Und dann muss man den Mut aufbringen, diesen Missstand anzugehen.

Wenn sich jemand wünscht, dass die Mindestlohnempfänger bei jedem 2,5 %-Preisanstieg zusätzlich zum Preisausgleich eine automatische Reallohnanpassung, beispielsweise von 0,5 % oder 1 %, erhalten sollen, dann muss er genau dies fordern und versuchen durchzusetzen. Dabei wird man nicht nur beim Patronat schnell feststellen, wie schlecht die Idee eines solchen neuen Automatismus ankommt. Heute ist jede Mindestloohnerhöhung eine ausschließlich staatliche Entscheidung, die sich die Politiker selbst auf die Fahne schreiben können. Ihrer entsprechenden Verdiensten wollen sie somit gewiss verlustig gehen, weil künftig ein STATEC-Computer die Entscheidung treffen soll?

Abstrus ist auch die Idee, die Breite der bestehenden Lohnunterschiede über einen Mechanismus einengen zu wollen, der von der Geschwindigkeit der Inflation abhängt. Es ist unfair, der Lohnindexierung das vorhandene Einkommensgefälle anzulasten, und es ist abwegig, den Bürgern weiszumachen,

der Index könne und müsse dies verändern.

Vor allem gehört jede angestrebte Umverteilung von oben nach unten in erster Linie in den Rahmen einer progressiven Einkommensbesteuerung, wobei durch abgestufte und zielgerichtete Sozialmaßnahmen nachgebessert werden kann.

Selbstverständlich darf sich der gewerkschaftliche Einsatz nicht auf das Beibehalten der bewährten Indexanpassungen beschränken, und das tut er ja auch nicht. Es sei hier nur ein einziges Beispiel angeführt: Als es vor einiger Zeit bei den unteren Einkommen im öffentlichen Dienst zu Problemen kam, weil die Politik die „Stage“-Entschädigungen kürzte, hat die CGFP sich der Angelegenheit resolut angenommen und ordentlich für Remedur gesorgt.

Wir brauchen uns somit kein antisoziales Verhalten und keine Gießkannenmentalität vorwerfen zu lassen, nur weil wir uns weigern, den Ausgleich des Kaufkraftverlustes mit anderen Sozialfragen und Problemen zu vermischen und ihn dadurch zu gefährden. Wir lassen uns eine hundertjährige Errungenschaft nicht durch allerlei Besserwisser, die noch keinen sozialen Fortschritt erstritten haben, miesmachen und zerreden.

Populistisches Getöse wird bekanntlich nie inszeniert, um der angesprochenen Sache zu dienen oder um echte Probleme zu lösen.

pz

Nach méi séier informéiert

Suivéiert d'CGFP op **Twitter**



@Cgfp_lu

Die Indexierung, sozial notwendig und wirtschaftlich nützlich

In der jüngsten Tripartite-Einigung konnten die Gewerkschaften einmal mehr das Prinzip und das Funktionieren der Indexierung von Löhnen, Gehältern, Renten und Sozialleistungen verteidigen. Dazu mussten sie eine vorübergehende Modulierung in Kauf nehmen, doch werden deren Auswirkungen durch staatliche Beihilfen abgefedert.

In Krisenzeiten ist nationale Solidarität erforderlich, um störende Entwicklungen zu vermeiden, doch muss man sich auch in einer Notlage davor hüten, bewährte soziale Errungenschaften dauerhaft aufzugeben. Die getroffene Vereinbarung gefällt nicht jedermann in allen Einzelheiten. Aber diese Schwäche haftet Kompromissen bekanntlich immer an. Wesentlich ist der prinzipielle Erhalt der Indexbindung als solcher.

Im Laufe der Zeit wurde der Indexmechanismus regelmäßig angepasst. So wurden vor hundert Jahren die Preise der Konsumausgaben anhand von 19 Gebrauchsgütern eines 5-Personen-Haushaltes erfasst, während heute monatlich 8.000 verschiedene Preise von Waren und Dienstleistungen erhoben werden. Von 1948 bis 1962 erfolgte das stufenweise Auslösen einer Anpassung jeweils bei Preisstufen von fünf Indexpunkten, zwischen 1963 und 1972 von 2,5 Indexpunkten und seither in Schritten von 2,5 %.

Derartige Einzelheiten sind unwesentlich gegenüber dem verfolgten Ziel. Natürlich ist bei temporären Anpassungen sicherzustellen, dass eine korrekte Wiedereinführung stattfindet, damit aus der Indexmodulation keine Indexmanipulation wird.

Die automatische Indexierung der Einkommen ist in Luxemburg eine über hundert Jahre alte soziale Errungenschaft, wurde sie doch bereits 1921 im öffentlichen Dienst eingeführt und 1975 auf den Privatsektor ausgedehnt und generalisiert. Sie gilt als Eckpfeiler und Garant des traditionellen sozialen Friedens, der unser Land auszeichnet und bietet somit einen wesentlichen Standortvorteil.

Gerade deshalb wurde die prinzipielle Infragestellung des Automatismus durch die Patronatsvertreter vor einigen Jahren zu einer schweren Belastung des Sozialdialogs. Wenn die Arbeitgeber nun einsehen, dass sie unter Umständen mit der Indexierung leben können, so ist dies auch der Tatsache zu verdanken, dass der in allen Bereichen herrschende Personal-mangel die Betriebe dazu zwingt, regelmäßige Gehaltserhöhungen zu beschließen, die deutlich

über die Auswirkungen der Indexanpassungen hinausgehen.

Unternehmen, die keine ausreichenden Löhne zahlen wollen oder können, verlieren schnell ihre besten Mitarbeiter. Für Firmen, die sich neu in Luxemburg niederlassen, war die Indexierung ohnehin nie ein großes Thema. Da der Indexmechanismus lediglich die laufende Geldentwertung für die Arbeits- und Sozialeinkommen ausgleicht, verhindert er nicht zuletzt den schmerzhaften Sozialabstieg eines Teils der Bevölkerung, der sehr schnell zu schweren gesellschaftlichen Verwerfungen und zu handfesten sozialen Unruhen führen würde.

Natürlich hat die Indexierung Auswirkungen auf die Unternehmenskonten und kann finanzschwache Firmen in die Bredouille bringen. Kein Wettbewerbsproblem entsteht bei all jenen, die nur inländische Kunden bedienen, da alle Konkurrenten die gleiche Kostensteigerung erleben. Für die Exporteure ist dies anders, denn sie werden zu betrieblichen Verbesserungen angehalten. Kurzfristig mag dies anstrengend sein, auf Dauer aber sichert es graduelle Produktivitätsgewinne und stärkt die Betriebe nachhaltig im internationalen Wettbewerb.

Diese wesentliche Tatsache unterschlagen die Patronatslobbyisten, wobei ihre Chefökonomien stets so tun, als seien alle Gewerkschafter Wirtschaftsbananen ohne Sachverstand und Demagogen ohne Verantwortungsgefühl für das nationale Wohl. Dabei versucht man die Indexautomatisierung zum Sündenbock für Preissteigerungen zu machen, bei welchen auch den Gehalts- und Rentenempfängern keine Verantwortung zukommt.

Derzeit setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, dass die extreme Verteuerung der Wohn- und Gewerbeimmobilien zum bedrohlichen Problem des Wirtschaftsstandorts wird, sollte diese jahrelang anhalten. Die Wirtschaftskapitäne sollten sich deshalb dazu aufrufen, die Politik unter Druck zu setzen, damit die politisch Verantwortlichen der grotesken Immobilieninflation ein Ende bereiten.

Was die Rentabilität der Unternehmen betrifft, so ist festzuhalten, dass unser Wirtschaftswachstum in erster Linie von einer strukturellen Umschichtung der Ökonomie getragen wird, weg von weniger produktiven Sektoren hin zu Tätigkeiten mit höherem Mehrwert. Dabei erzeugt die automatische Lohnindexierung zusammen mit den regelmäßigen Erhöhungen des Mindestlohnes einen nachhaltigen und sehr wirksamen Druck, ganz im Sinne der „schöpferischen Zerstörung“ („création destruc-

trice“) des österreichischen Makroökonom Joseph Schumpeter (1883-1950).

In diesem Zusammenhang fügen wir noch eine ganz fundamentale Überlegung hinzu. Das Wachstum unserer Wirtschaft – seit Jahrzehnten höher als jenes aller Nachbarländer – erzeugt und fördert solide Ärgernisse wie explodierende Wohnkosten und wachsende Verkehrsstaus. Im politischen Raum wagt es (noch) niemand, sich offen gegen das Turbowachstum, den Motor unseres sozialen Fortschritts und die Langzeitabsicherung der Sozialkassen auszusprechen.

Deshalb schwadroniert man allseits vage von einem intelligenten, optimalen, soften und smarten Wachstum, ohne irgendwie zu erklären, wie dieses konkret aussehen sollte und vor allem, wie es denn durchzusetzen sei. Wer nämlich die Voraussetzungen erfüllt, eine Firma zu gründen und sie in Luxemburg ansiedeln möchte, kann juristisch praktisch nicht daran gehindert werden. Lediglich bei Produktions- und Betriebsstätten ist es möglich, die Niederlassung mit Umwelt- und sonstigen Auflagen zu verzögern.

Ansonsten gibt es aber keine Verhinderungs- oder Steuerungsmöglichkeiten. Selbst bei der Zuwanderung von Arbeitskräften sind Beschränkungen nur im Falle von Nicht-EU-Bürgern möglich, und solche werden ja ohnehin nur zugelassen, wenn es sich um dringend notwendige Hochqualifizierte in Tätigkeitsbereichen mit hoher Wertschöpfung handelt.

Wenn sich Luxemburg also irgendwie von „egal wat fir engem Wuesstem“ verabschieden will, dann bietet sich uns konkret nur ein einziger Weg an, jener einer resoluten und mutigen Hochlohnpolitik. Sobald ein zu hohes Lohnniveau sie überfordert, werden die unrentabelsten Firmen unserer Exportwirtschaft graduell schrumpfen und wegziehen. Dies wird ein strukturelles Erstarken unserer Wirtschaftsstrukturen erwirken, mit einer Konzentration auf Sektoren mit hoher Wertschöpfung sowie einem viel selektiveren Wachstum.

Dass dies funktionieren kann, hat die Erfolgsgeschichte Singapurs gezeigt. Aus einer industriellen „verlängerten Werkbank“ im Niedriglohnbereich entstand durch stramme Lohnsteigerungen, gepaart mit großen Qualifizierungsanstrengungen, ein Wohlstandsstaat.

Vielfach als betriebliche Belastung diskreditiert, ist der soziale Fortschritt samt Indexmechanismus in Wirklichkeit eine echte volkswirtschaftliche Chance.

pz



CGFP
CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE

LA VOIX FORTE DANS LA FONCTION PUBLIQUE

- *Étant le seul syndicat représentatif de la Fonction publique au niveau national, la CGFP est le dénominateur commun de tous les fonctionnaires et employés de l'État.*
- *La CGFP est le seul interlocuteur du gouvernement concernant toutes les questions d'ordre général relatives à la Fonction publique.*
- *En tant qu'organisation professionnelle politiquement indépendante et neutre sur le plan idéologique, la CGFP fournit à ses membres des conseils d'experts sur des questions statutaires, juridiques et fiscales.*

PAR L'ENTREMISE DE CGFP-SERVICES LA CGFP EST LE PRESTATAIRE DE NOMBREUX SERVICES QUI S'ADRESSENT EXCLUSIVEMENT À SES MEMBRES:

- *L'«Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement» propose des contrats d'épargne-logement avantageux.*
- *CGFP Assurances et son partenaire «Bâloise Assurances» sont à votre disposition pour toutes les questions d'assurance.*
- *Outre les «petits prêts» à faible taux d'intérêt, des formules attrayantes sont également proposées dans le domaine «prévoyance-vieillesse».*
- *CGFP-Services, en collaboration avec DKV Luxembourg, couvre certains frais médicaux qui ne sont pas pris en charge par la Caisse nationale de santé CNS.*
- *L'agence de voyages de la CGFP, Lux Voyages, offre aux membres de la CGFP sous certaines conditions des remises de prix sur la réservation de voyages.*



CGFP widerspricht fragwürdiger Statec-Studie

Starker Mitgliederzuwachs im öffentlichen Dienst

Die Luxemburger Statistikbehörde Statec veröffentlichte im März eine fragwürdige Studie, derzufolge die Mitgliederzahl der Gewerkschaften hierzulande rückläufig sei. Die CGFP widerspricht dieser Falschdarstellung und zeigt sich erstaunt über einen seltsamen Zufall: Die zweifelhaften Ergebnisse wurden nur wenige Tage im Vorfeld einer Tripartite-Sitzung veröffentlicht.

„Les syndicats en déclin dans un monde du travail en mutation“, lautet der reißerische Titel einer Statec-Studie, die nicht nur in Gewerkschaftskreisen für reichlich Unmut sorgte. Dem höchst fragwürdigen Papier zufolge soll die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in Luxemburg innerhalb von nur zwei Jahren um 5,4 % geschrumpft sein. In dem Bericht ist für 2017 die Rede von insgesamt 163.000 Gewerkschaftsmitgliedern. 2019 sollen es nur noch 154.000 gewesen sein. Innerhalb eines Jahrzehnts sei die gewerkschaftliche Mitgliederdichte von 36 % auf 28 % geschrumpft, heißt es weiter.

Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, dass die Analyse viele Ungereimtheiten birgt. Die CGFP beanstandet nicht nur die Methodologie, sondern auch die Relevanz dieses Berichts. Laut Statec seien fast die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder (45,4 %) dem OGBL angegliedert. Danach würden der LCGB (25,9 %) und die CGFP (19,5 %) folgen. Doch allein schon dieser Vergleich hinkt, da die CGFP seit ihrer Gründung ausschließlich für die Belange der Beschäftigten im öffentlichen Dienst eintritt, ein Sektor also, in dem weitaus weniger Menschen arbeiten als in der Privatwirtschaft.

Dem Statec zufolge hätten die drei national repräsentativen Gewerkschaften CGFP, LCGB und OGBL in dem Zeitraum zwischen 2017 und 2019 rückläufige Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Diese Feststellung trifft jedoch in keiner Weise auf die CGFP zu. Der Dachverband der öffentlich Bediensteten weist jedes Jahr einen beachtlichen Mitgliederzuwachs auf. Dieser Trend hat sich vor allem in den letzten fünf Jahren verstärkt bemerkbar gemacht: In dieser Zeitspanne hat die CGFP jährlich zwischen 1.100 und 1600 neue Mitglieder aufgenommen.

CGFP:

7.000 zusätzliche Mitglieder

Lediglich im Pandemiejahr 2020 war der Anstieg aufgrund der außergewöhnlichen Umstände nicht so ausgeprägt wie die Jahre zuvor. Es bestand jedoch kein Anlass zur Sorge, denn schon im darauffolgenden Jahr wies die Kurve wieder steil nach oben.

Die CGFP baut zudem ihr Tätigkeitsfeld mit der Einrichtung neuer Fachverbände kontinuierlich aus. So wurde zum Beispiel das „Syndicat National des Pompiers Professionnels du Luxembourg“ (SNPPL) im Jahr 2018 infolge des neugeschaffenen Corps grand-ducal d'incendie et

de secours (CGDIS) ins Leben gerufen. Drei Jahre nach seiner Gründung zählt das SNPPL inzwischen rund 400 Mitglieder und erfreut sich über weiteres Wachstumspotenzial. Mittlerweile gehören beinahe 70 Fachverbände der CGFP-„Familie“ an. Zählte die CGFP im Jahr 2004 bereits 24.000 Mitglieder, so setzt sie sich heute für die Belange von mehr als 31.000 aktiven Mitgliedern (+ 7.000 zusätzliche Mitglieder) ein.

Der Staat beschäftigte zum 31. Dezember 2020 insgesamt 31.049 Mitarbeiter (Staatsbeamte und -angestellte sowie „Salariés“). Legt man diese Zahl mit der CGFP-Mitgliederzahl übereinander, gelangt man zu der Feststellung, dass weit mehr als 90 % der Staatsbediensteten Mitglieder der CGFP sind. Somit liegt die gewerkschaftliche Mitgliederdichte im öffentlichen Dienst deutlich höher als jene in der Privatwirtschaft, die laut Statec lediglich 60 % erreicht. Diese Zahlen belegen, dass eine starke Einheitsgewerkschaft wie die CGFP, die alle Bereiche im öffentlichen Dienst abdeckt, bei den Beschäftigten auf große Zustimmung trifft. Diese Geschlossenheit ist ein Zeichen der Stärke, die sich bei den Verhandlungen mit der Regierung stets als äußerst wirksam erweist.

Der angebliche gewerkschaftliche Mitgliederschwund sei auf mehrere Faktoren zurückzuführen, heißt es in der Statec-Analyse. Eine Ursache dafür sei, dass jüngere Arbeitnehmer weit weniger Interesse an den Gewerkschaften

zeigen würden. Die jungen Beschäftigten würden am wenigsten dazu neigen, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Diese Schlussfolgerung ist schlicht und ergreifend falsch. Es mag sein, dass die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft nicht die oberste Priorität eines Hochschulabsolventen ist, wenn er die Stellenangebote durchstöbert. Sobald die jungen Anwärtler jedoch auf dem Arbeitsmarkt Fuß gefasst haben, treten viele von ihnen einer Gewerkschaft bei, die sie fachkundig berät und vertritt. Im Staatsdienst kommt dafür nur die CGFP infrage.

Verjüngungskur bei der CGFP

Insbesondere in den letzten Jahren ist die Anzahl junger Mitglieder bei der CGFP sprunghaft gestiegen. In den Jahren 2018 und 2021 wurde der größte Zuwachs in der Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen festgestellt. Diese Alterskategorie macht rund die Hälfte aller Neuzugänge aus und wird dicht gefolgt von den 31- bis 40-Jährigen.

Für den vermeintlichen Rückgang der Mitgliederzahlen machen die Statec-Experten einen zweiten Grund aus. Der Wandel des Arbeitsmarktes würde den Einfluss der Gewerkschaften schmälern. Der technische Fortschritt und die rasante Digitalisierung würden neben anderen Faktoren den Arbeitsmarkt heterogener gestalten. Dies führe dazu, dass die Bereitschaft einer Gewerkschaft beizutreten, abnehme.

Auch diese kühne Behauptung entbehrt jeder faktenbasierten Grundlage. Gerade im Zeitalter des digitalen Wandels greifen viele besorgte Staatsbedienstete auf die juristischen Dienste der CGFP zurück. Diese Entwicklung ist nicht überraschend, denn die verstärkte Nutzung des Homeoffice führt dazu, dass die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit zunehmend verschwimmen. Das Gefühl ständig erreichbar sein zu müssen, belastet die Arbeitnehmer und sorgt nicht selten für Konflikte.

Um dieser bedenklichen Entwicklung einen Riegel vorzuschieben, pochte die CGFP bei den letzten Gehälterverhandlungen darauf, dass ein neuer rechtlicher Rahmen für die künftige Regelung der Telearbeit im öffentlichen Dienst geschaffen werden muss. Die Verhandlungen sind derzeit noch voll im Gange. Nachdem das Ministerium des öffentlichen Dienstes einen Vorentwurf vorgelegt

Fortsetzung siehe Seite 17



Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

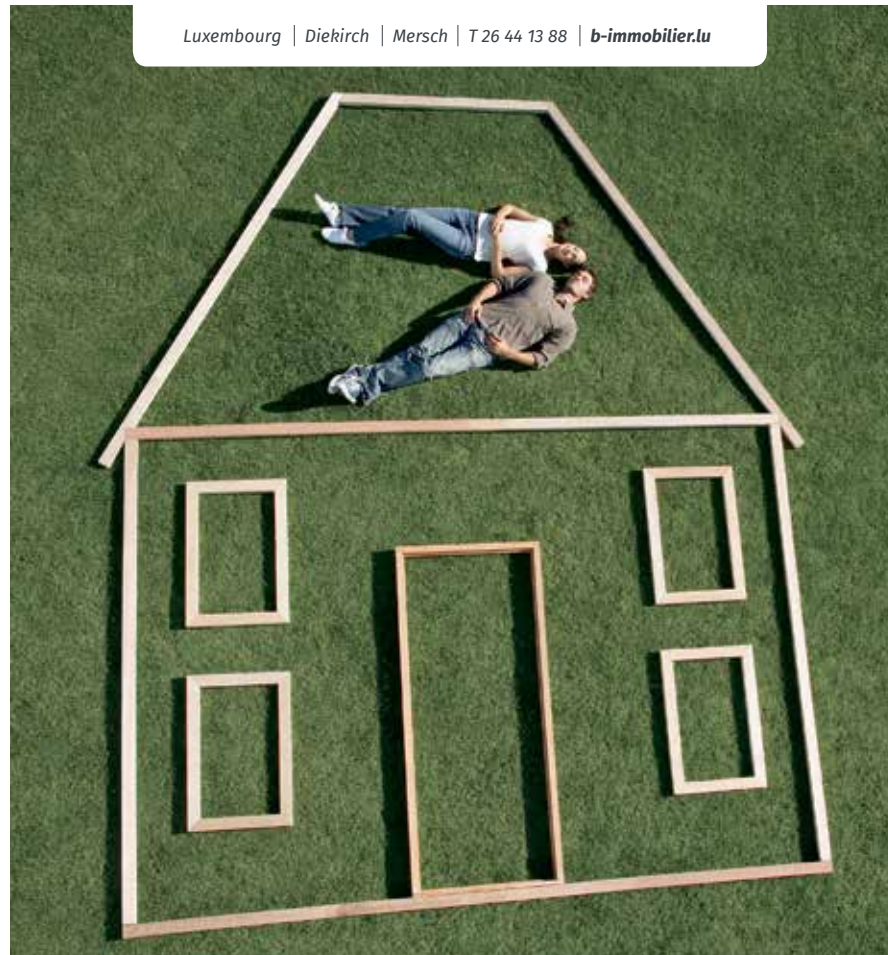
ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE:

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30,
jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu
<https://www.cgfp-services.lu/afas.html>

AFAS **CGFP**
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Luxembourg | Diekirch | Mersch | T 26 44 13 88 | b-immobilier.lu



*Cherchons terrains
et vieilles maisons à rénover.
Réalisation de nouveaux projets immobiliers.*

B IMMOBILIER
BINGEN & ASSOCIÉS



NEWSLETTER CGFP



**GEHÉIERT ZU DEENEN,
DÉI PERMANENT ALS ÉISCHT UM NEISTE STAND SINN.**

Abonnéiert lech elo nach direkt: www.cgfp.lu

SALUMERIA
TASTO

www.tasto.eu

**ITALIANS DELIVER
IT BETTER**

No queuing. No parking.
No heavy bags. Just your
favorite Italian ingredients.

follow us

Fortsetzung von Seite 15

hat, fordert die CGFP in vielen Punkten Nachbesserungen. Dieses Beispiel zeigt daher eindrucksvoll, dass die Gewerkschaften gerade in Zeiten tiefgreifender Veränderungen in der Arbeitswelt eine wichtige Rolle einnehmen und die Interessen ihrer Mitglieder an vorderster Front verteidigen.

Luxemburg gilt als ein atypisches Land, sodass bei Statistiken generell Vorsicht geboten ist. Die Methodologie der Erforschung fußt meistens auf europäischen Konzepten, die – wenn überhaupt – den luxemburgischen Besonderheiten nur äußerst bedingt Rechnung tragen. Laut „Tageblatt“-Recherchen haben sich die Stateg-Mitarbeiter bei ihrer Analyse auf Daten berufen, die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stammen. Dabei weiß jeder, dass die OECD schon des Öfteren ihre feindselige Einstellung gegenüber den Arbeitnehmervertretern bekundete.

Dies ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs: Auf Nachfrage eines Journalisten hin räumte die OECD ein, dass sie sich bei der Auswertung ihrer Zahlen auf eine Datenbank der Universität Amsterdam berufen hat, mit der sie zuvor eine Kooperation eingegangen war. In diesem konkreten Fall war die OECD nicht einmal in der Lage, die genauen Quellenangaben nachzuliefern.

Fragliches Zahlenmaterial

Im Übrigen erstreckt sich die besagte Datenbank lediglich bis zum Jahr 2018. Auch sind die Zahlen teilweise widersprüchlich. So wird der luxemburgischen Gewerkschaftsszene für 2018 ein Zuwachs von 4.795 Mitgliedern bescheinigt. 167.943 Beschäftigte seien damals Mitglied einer Gewerkschaft gewesen, heißt es. In der Stateg-Analyse wird jedoch in den Jahren 2017 bis 2019 ein deutlicher Rückgang verzeichnet. Auch dies lässt Zweifel an der Seriosität der Analysen aufkommen.

Ein weiteres Indiz dafür, dass man die OECD- und Stateg-Daten nicht für bare Münze nehmen sollte, zeigt dieses kuriose Beispiel: In seiner jüngsten Erhebung erwähnt die OECD in einer Tabelle unter anderem auch die „Fédération des employés privés/Fédération indépendante des travailleurs et cadres (FEP/FIT)“. Dieser Gewerkschaft werden 4.200 Mitglieder zugeschrieben. Diese Angabe hat jedoch einen Haken: Die FEP/FIT wurde bereits vor beinahe 20 Jahren aufgelöst. Eine minutiöse Erforschung der Gewerkschaftslandschaft sieht anders aus.

Unmittelbar vor der jüngsten Tripartite-Sitzung veröffentlichte die Luxemburger Statistikbehörde also eine Studie mit dubiosen Zahlenmaterial, die allem Anschein nach darauf abzielt, den Einfluss der Gewerkschaften zu schmälern.

In Stateg-Kreisen wurde versichert, der Zeitpunkt der Veröffentlichung stehe keineswegs im Zusammenhang mit der Tripartite. Weder der Kriegsausbruch, noch die explodierenden Energiekosten seien vorhersehbar gewesen, versuchte sich die Autorin der Studie in der Presse zu rechtfertigen. Der Veröffentlichung seien monatelange Recherchen vorausgegangen.

Zufall oder Kalkül?

Die Autorin mag vielleicht im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihr Bestes getan haben. Die von ihr vorgebrachte Erklärung ist jedoch alles andere als überzeugend. Es gab überhaupt keine Dringlichkeit: Die Veröffentlichung der Studie hätte problemlos auf einen späteren Zeitpunkt nach der Tripartite verschoben werden können. Der Verdacht liegt nahe, dass die Studie zur Einschüchterung der Gewerkschaften benutzt wurde.

Der Stateg-Direktor gilt als die rechte Hand von Wirtschaftsminister Franz Fayot. Nahezu zeitgleich zur Veröffentlichung der Stateg-Studie wurde Fayot von der Dreierkoalition als Vorbote ins Rennen geschickt, um dem Gewerkschaftslager die Hiobsbotschaft zu übermitteln, dass bei der anstehenden Tripartite eine Diskussion über Änderungen am Indexmechanismus bevorstehe. Alles bloß ein Zufall? Ein Schelm, wer dabei Böses denkt!

Neben dem Stateg meldete sich auch der Internationale Währungsfonds im Vorfeld der Tripartite zu Wort. Der IWF sprach sich dafür aus, es künftig bei einer Indextranche pro Jahr zu belassen. Sinnvoller wäre es, den Bürgern mit Direkthilfen statt mit Lohnanpassungen finanziell entgegenzukommen. All diese Botschaften, die nur wenige Tage vor der Tripartite im Gleichschritt gesendet wurden, sind kaum dem reinen Zufall geschuldet. Diese Vorgehensweise erinnert eher an eine von langer Hand geplante Strategie, die darauf ausgerichtet war, die Arbeitnehmervertreter vor dem Dreiertreffen zwischen Regierung und Sozialpartnern zu schwächen.

Kurz nach der Veröffentlichung der oben erwähnten Studie versuchte der Stateg-Direktor sofort zu beschwichtigen. Die Stateg-Analyse belege, dass die Mitgliedschaft in Luxemburgs Gewerkschaften im internationalen Vergleich immer noch verhältnismäßig hoch sei.



Zumindest in diesem Punkt ist ihm die Zustimmung der CGFP sicher.

Es bleibt zu hoffen, dass Luxemburg nicht in eine Negativspirale gerät, in der sich jetzt schon viele Staaten befinden. Vielerorts trauen sich dort immer weniger Beschäftigte aus Angst vor Unterdrückung einer Gewerkschaft beizutreten. Sogar in unseren Nachbarländern macht sich dieser Trend inzwischen bemerkbar. In Frankreich zum Beispiel ist die Gewerkschaftsfreiheit zunehmend gefährdet. Mehr und mehr Arbeitnehmer zögern, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, geschweige denn, sich dort zu engagieren. Sie befürchten, dass sie dadurch Nachteile bei ihren beruflichen Aufstiegschancen erfahren könnten.

Arbeitnehmervertreter unerwünscht

Im Interesse aller Arbeitnehmer muss auch die Regierung ihren Beitrag für den Erhalt der Gewerkschaftsfreiheit leisten. Mit ihrer jetzigen Vorgehensweise bewirken die politischen Entscheidungsträger jedoch eher das Gegenteil von einem wahrhaft demokratischen Politikverständnis. So beklagen sich zum Beispiel manche CGFP-Fachverbände darüber, dass ihre Delegierten nicht mehr von ihrer Arbeit freigestellt werden, um an der Generalversammlung ihrer Gewerkschaft teilnehmen zu können.

Den auf sektorieller Ebene tätigen Gewerkschaften wird es zunehmend erschwert, neue Mitglieder anzuheuern. Auf politischen Druck hin wurde bei-

spielsweise einigen CGFP-Fachverbänden untersagt, Flugblätter zu verteilen. Problematisch gestaltet sich inzwischen auch das Aufstellen von Informationsständen. Der CGFP ist mindestens ein Fall von einer Verwaltung bekannt, bei dem der zuständige Ressortminister festlegte, wann und wo die Gewerkschaften im Turnusprinzip für neue Mitglieder am Arbeitsplatz werben durften. Diejenigen, die eine Uhrzeit außerhalb der regulären Arbeitszeit zugewiesen bekamen, hatten das Nachsehen.

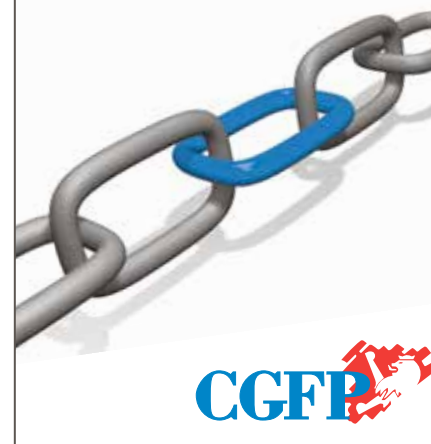
Die Affäre Schleck hat auch hierzu jedem vor Augen geführt, welches Ausmaß Einschüchterungen und politischer Druck nehmen können. Die CGFP hatte durch ihren konsequenten Widerstand diesen bedenklichen Praktiken sofort ein Ende bereitet. Andernfalls hätte die gegen den Vorsitzenden der Armeegewerkschaft SPAL/CGFP gerichtete Kampagne vermutlich so manchen Staatsbediensteten davor abgeschreckt, sich gewerkschaftlich zu engagieren.

Anstatt unvollständige und daher fragwürdige Studien zu unterstützen, täten die Regierung und ihre Handlanger besser daran, den Sozialdialog in Luxemburg zu fördern. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre es, einen fairen Umgang mit den Gewerkschaften anzupeilen und sie bei ihrem unermüdlichen Einsatz zum Erhalt des sozialen Friedens zu unterstützen.

Max Lemmer



L'union fait la force!





Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückwerb	Steuervorteilen

Lassen Sie sich unverbindlich beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden an:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)



Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2022

Baufinanzieren

aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW Komfort-Bausparen & BHW Wohnbausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar. Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW WohnBausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Neue Raumpotenziale für Gemeinschaften

QUELLE: HAFVEN-COWORKING-SPACE / OLAF MAHLSTEDT / BHW BAUSPARKASSE

Flexibel wohnen und arbeiten

Neue Formen des städtischen Wohnens und Arbeitens finden immer mehr Anhänger. Cluster-Wohnen und Co-Working-Spaces ermöglichen eine neue Wohnflexibilität. Sie versprechen nicht nur kreatives Wohnen, sondern auch die effektivere und preiswerte Nutzung von Platzressourcen.

Viele Menschen suchen eine Antwort auf steigende Mietpreise und den Bedarf an wohnortnahen Arbeitsplätzen. Eine Option ist es, Wohnraum gemeinsam zu gestalten und Gemeinschaftsräume fürs Arbeiten zu schaffen. Cluster-Wohnungen, eine Kreuzung zwischen Wohngemeinschaft und Kleinstwohnung, bieten dafür attraktive Möglichkeiten. Sie sehen zusammen nutzbare Räume vor, etwa Wohnküchen, Bibliotheken,

Lesezimmer oder Dachterrassen. „Für das Wohnen bedeutet das ein Umdenken“, sagt Iris Laduch von der BHW Bausparkasse. „Neue Konzepte zielen daher auch auf die langfristige Flexibilität für die Bewohnenden.“ Noch werden die meisten Wohngebäude sowohl eigentumsrechtlich wie auch bautechnisch als Einzeleinheiten gebaut. Das erschwert eine spätere Anpassung, wenn sich Bedürfnisse verändern. Das Cluster-Wohnprojekt Spreefeld in Berlin zeigt, welche Vorteile ressourcen- und klimaschonende Wohnqualität bieten kann. Im Erdgeschoss gibt es sogenannte Optionsräume, die etwa als Co-Working-Space dienen oder vermietet werden können.



1 Kontakt
fir all Projet

Kaf | Verkaf | Lokatioun | Promotion immobilière

Koordinatioun vun Äre Projekte ••• Professionell Estimatioun

Frëndlechen a perséinlechen Service

Christian Eilert

Associé-Gérant

+352 26 67 22 86

+352 621 29 79 59

christian.eilert@primushome.lu

19, rue du Kroentgeshof | L-5312 Contern

www.primushome.lu



Foto: P. ZIMMER-WENGLER

Konfrontation im erdnahen Orbit

Geplante EU-Satellitenflotte als Gefahr oder Chance für Luxemburg?

Für ein Land und seine Bewohner, für seine Volkswirtschaft und seine Staatsfinanzen gibt es fundamentale Vorgänge, die man rechtzeitig erkennen muss und nicht ungestraft vernachlässigen darf: Wir sprechen hier ein Thema an, das für die ökonomischen Perspektiven unseres Landes von großer Bedeutung ist, obschon es eher technischer Natur ist und auf den ersten Blick nur eine Einzelfirma betrifft.

Ein von der EU-Kommission angekündigtes Satellitensystem mit Investitionen von sechs Milliarden Euro könnte erhebliche Auswirkungen auf das Luxemburger Unternehmen SES und unseren gesamten wichtigen und aufstrebenden Weltraumsektor haben.

Ein Vorzeigeunternehmen

Festzuhalten ist, dass der Weltraum mehr zum Luxemburger Bruttoinlandsprodukt beiträgt als die Landwirtschaft. Und dies bereits heute, also nicht erst übermorgen, wenn das Space Mining (Bergbau im All) zu einer Realität wird.

Als Leitstern am Luxemburger Firmament und als „Global Player“ ist die ASTRA-Betreibergesellschaft SES unser Aushängeschild im ICT- (Informations- und Kommunikationstechnologie) und Hightech-Bereich sowie eine Trumpfkarte im Bestreben, die Volkswirtschaft zu modernisieren und in Richtung von Tätigkeiten mit hohem Mehrwert zu erweitern. Die Firma ist nicht bloß ein wichtiger Arbeitgeber und der Sponsor eines Lehrstuhls an der Universität Luxemburg, sondern auch seit 33 Jahren eine wichtige Einnahmequelle für den Staat, der neben 33 % der Stimmrechte in der Gesellschaft auch 22 % ihres Kapitals besitzt und deswegen schon viele Milliarden Euro an Dividenden kassieren konnte.

Neben 8.650 verschiedenen TV-Programmen für eine Milliarde Zuschauer überträgt die SES weltweit auch Kommunikationssignale jeder Art und bedient dabei sieben der zehn wichtigsten Telekommunikationsfirmen in der Welt, vier der sechs bedeutendsten Kreuzfahrtreedereien sowie 58 Kunden aus dem Kreis souveräner Staaten.

Schwierige internationale Märkte

Die Firma aus Betzdorf betreibt 50 sogenannte GEO-Satelliten in der Größe eines Busses, die sich in einer Höhe von 37.586 km synchron zur Erdkugel bewegen. So werden sie als Fixstern wahrgenommen und ihre Signale sind mit einfachen, unbeweglichen Antennen zu empfangen. Ferner betreibt die SES seit Jahren mit der O3b-Konstellation 20 flexiblere MEO-Satelliten in der Größe eines schweren Motorrades, die den Globus in einer „mittleren“ Umlaufbahn auf 8.063 km Höhe umkreisen.

Dass der Börsenkurs der SES-Aktie seit einer Weile schwächelt, liegt an der bisher wichtigsten Kundschaft, dem traditionellen Fernsehen, das infolge rückläufiger Einnahmen immer weniger Geld ausgeben kann, da das Publikum zu den Streamingdiensten des Internets und den neuen elektronischen Medienplattformen abwandert. Nachdem die GEO-Satelliten drei Jahrzehnte lang hoch rentabel waren, stehen ihre Besitzer derzeit vor großen Herausforderungen.

Unzählige nationale und regionale, oft stark subventionierte Akteure vermiesen das Satellitengeschäft. Doch weltweit wird die Telekommunikation im Orbit durch drei große Traditionsunternehmen beherrscht: INTELSAT, geschaffen 1964, EUTELSAT, gegründet 1977, und die SES, die 1985 entstanden ist.

Strategische Manöver

Anfangs waren die zwei SES-Konkurrenten auf globaler und kontinentaler Ebene zwischenstaatliche Genossenschaften der nationalen Telekom-Verwaltungen und Monopolunternehmen, bevor sie vor 20 Jahren privatisiert wurden. Die SES aber bleibt mit 50 GEO- und 20 MEO-Satelliten die Nummer eins, während die beiden andern nur im GEO-Bereich tätig sind (INTELSAT mit 50 Satelliten und EUTELSAT mit 35 Satelliten).

Da die traditionellen Einnahmen schrumpfen, peilt die SES mit ihrer O3b-Flotte neue Märkte an, z.B. in der

mobilen Kommunikation, also für bewegliche Nutzer wie Militärfahrzeuge und Kriegsschiffe. Auch die Passagiere von Interkontinentalflügen und Kreuzfahrten wünschen sich schnelle Internetverbindungen, doch die Covid-19-Pandemie hat den schnellen Ausbau dieser Marktnische vorübergehend gebremst.

Im Hinblick auf die Konkurrenz der neuen LEO-Satelliten auf „niedriger“ Umlaufbahn, über die derzeit ständig berichtet wird, ist die SES als weltweit einziger Multi-Orbit-Anbieter jedenfalls besser aufgestellt als alle anderen Wettbewerber.

Staatliche Satellitenkontrolleure

EUTELSAT mit Sitz in Paris steht unter dem Einfluss des französischen Staates, der als größter Aktionär indirekt 19,9 % des Kapitals hält. Bei den Satelliten sowie den Raketen nutzt das Unternehmen nur Produkte der französischen Industrie. Im Gegenzug ist sich EUTELSAT aller staatlichen Aufträge sicher. Auch bei den Aufträgen der nationalen Medien und der unter französischem Schutz stehenden afrikanischen Staaten erhält der Konzern stets den Zuschlag.

In der Finanzwelt ruft die eingetrübte Marktlage den Wunsch nach einer Konsolidierung der Branche durch Firmenfusionen und Aufkäufe hervor. Seit Jahren wird über eine Fusion zwischen der SES und EUTELSAT spekuliert. Amerikanische Investoren verstehen nicht, wieso diese Fusion, die angeblich jährliche Einsparungen von Hunderten Millionen Euro einfahren müsste, nicht längst durchgezogen wurde.

Doch in Europa erinnert man sich noch allzu gut an den erbitterten französisch-luxemburgischen Satellitenkrieg in den 80er-Jahren. Die SES entstand bekanntlich durch einen Befreiungsschlag Luxemburgs, weil Frankreich sich die Kontrolle über die Mediengruppe RTL gesichert hatte und dieser dann untersagte, per Weltraum und unter luxemburgischer Flagge in eine europaweite Fernsehverteilung zu investieren.

Souveräne Verankerung

Die Gesellschaft aus Betzdorf wurde von Anfang an durch unseren Staat so strukturiert, dass dieser als Minderheitsaktionär, auch nach der Börseneinführung des Aktienkapitals, in strategischen Fragen dauerhaft ein Vetorecht behalten konnte. Die geschickte Absicherung dieser Kontrolle hat sich in der Folge als extrem wirksam erwiesen.

Anfang der 90er-Jahre versuchte Frankreich über den Weltraumkonzern Aerospatiale und unter Mitwirkung belgischer und deutscher SES-Aktionäre die Kontrolle über den Betreiber aus Betzdorf zu erlangen. Dieses Vorhaben konnte erfolgreich abgewehrt werden.

Später scheiterte auch ein externer feindlicher Übernahmeversuch, der von einer internationalen Allianz der ominösen Medientycoons Richard Murdoch (USA-Australien), Leo Kirch (Deutschland) und Silvio Berlusconi (Italien) ausging.

Vor diesem Hintergrund müssten jetzt die Spekulationen über eine mögliche Verlobung zwischen der SES und EUTELSAT alle Alarmglocken in Luxemburg schrillen lassen und die politisch Verantwortlichen auf den Plan rufen. Doch nichts dergleichen geschieht. Nicht die kleinste Pressenotiz, keine parlamentarische Anfrage oder Interpellation.

Hier muss man sogar die Sorge äußern, ob sich die Luxemburger Regierungsvertreter im SES-Verwaltungsrat der Lage bewusst sind und noch in Erinnerung haben, welche Möglichkeiten Ihnen zur Wahrung der nationalen Interessen zur Verfügung stehen. Denn letztes Jahr ist ihnen bei einer SES-Kapitalreduzierung ein millionenschwerer grober Schnitzer unterlaufen, der von der Allgemeinheit unbemerkt blieb: Der Staat wurde absolut unnötigerweise gezwungen, ein statisches Aktienpaket zu einem niedrigen Aktienpreis zu veräußern. Ein absoluter Skandal, den aber niemand zur Kenntnis nahm!

LEO als Troublemaker

Inzwischen sind die neuen LEO-Konstellationen in aller Munde, mit jeweils Hunderten oder Tausenden, später sogar Zehntausenden von Satelliten, Erdtrabanten in niedriger Umlaufbahn, nur einige hundert Kilometer über der Erdoberfläche. Weil dabei viele Milliarden Dollar durch extrem reiche und smarte Geschäftemacher investiert werden, fragt man sich unwillkürlich, ob dies nicht zu einer ernsthaften Bedrohung für alle derzeitigen Satellitenbetreiber wird.

Diese Satelliten operieren so nahe an der Erdoberfläche, dass jeder nur einige Hundert Quadratkilometer abdeckt, und sie fliegen so schnell, dass sie lediglich ein paar Minuten genutzt werden können. Deshalb sind extrem viele von ihnen erforderlich, damit stets überall einer verfügbar ist und der ganze Globus ununterbrochen bedient wird.

Die SES hat diese Entwicklung stets genau beobachtet und nie in Abrede gestellt, dass die LEOS für präzise Anwendungen besser geeignet sind als ihre GEO- und MEO-Satelliten. Sie hat deshalb auch die Nutzungsrechte für Frequenzen in diesem Bereich beantragt. Ein konkretes LEO-Projekt hat sie aber nicht auf den Weg gebracht, weil sie angesichts der enormen Investitionen in der Größenordnung von mehreren Milliarden Euro keine Chance für eine gesicherte Rentabilität erkennen konnte, es sei denn, sie wolle mit der neuen Technik das eigene erfolgreiche Geschäftsmodell kannibalisieren.



Einsatz des Humanitarian Intervention Team des Corps grand-ducal d'incendie et de secours (CGDIS). © SES

Zukunft ohne Europa?

Eindeutiger Vorreiter in der neuen LEO-Welt ist die STARLINK-Satellitenflotte eines finanztüchtigen industriellen Hasardeurs: Tesla-Autohersteller und SpaceX-Raketenbetreiber Elon Musk. Die Flotte ist mit 2.000 Satelliten im All bereits funktionsfähig und wird schnell auf 12.000 und später auf 42.000 STARLINKS aufgerüstet.

Allerdings handelt es sich dabei nicht um eine sofortige und frontale Konkurrenz für die SES, insofern dieses System auf das Internet ausgerichtet ist und jedenfalls in einer ersten Phase nur individuelle Anschlüsse an Einzelkunden vermietet, vor allem in Regionen, wo eine terrestrische Netzversorgung bisher schwierig oder unmöglich war. Diesen Markt hat die SES bisher nicht bedient und hatte dies auch nie beabsichtigt.

Sieht man von den ähnlich großen russischen und chinesischen LEO-Flotten sowie von jenen amerikanischen Projekten ab, die erst in der Planung sind, wie z.B. bei Amazon und Google, taucht hinter STARLINK die britische OneWeb-Konstellation als Nummer zwei auf. OneWeb ging letztes Jahr in Konkurs, nachdem zuvor bereits Investitionen von zwei Milliarden Dollar getätigt worden waren und sich schon Hunderte von Satelliten im Weltraum befanden. Inzwischen wurde das Vorhaben wiederbelebt, nicht zuletzt dank einer 500 Millionen-Dollar-Spritze der britischen Regierung.

Der britische Angriff

Hierbei reagierte Boris Johnson kurz entschlossen auf den Brexit-bedingten Ausschluss seines Landes aus dem europäischen Weltraumprojekt Kopernikus. Für strategische Dienste im souveränen und militärischen Bereich will Großbritannien jetzt Kopernikus durch OneWeb ersetzen, indem es dem Unternehmen für den staatlichen Sonderbedarf eine weitere Satellitenflotte im MEO-Bereich hinzufügen wird.

Denn bei der Rettung nach dem OneWeb-Konkurs sicherten sich die Briten mit einer „goldenen Aktie“ eine staatliche Oberhoheit. Zudem soll OneWeb helfen, die britische Wirtschaft nach dem Brexit kommerziell zu boostern. Aus Pariser und Brüsseler Sicht aber wird das Unternehmen somit zu einer Anti-EU-Waffe von Boris Johnson, die eine Gegenwehr erfordert.

Eigentlich wollte das OneWeb-System Ende dieses Jahres in Betrieb gehen, da sich derzeit von den geplanten 648 Satelliten bereits 428 im All befinden. Ein russischer Raketenboykott sorgt jetzt aber für eine solide Verzögerung.

Direkte Konkurrenz

Genau wie die SES will auch OneWeb große Unternehmen der Telekombranche sowie andere gewerbliche und staatliche Nutzer bedienen, sodass hier auf einem Markt mit hohem Wachstumspotenzial eine direkte Konkurrenz entsteht.

Im Wettbewerb mit den GEO-Satelliten in beachtlicher Höhe bieten die auf niedriger Umlaufbahn kreisenden LEO-Satelliten dank der kürzeren Distanzen den technischen Vorteil einer verminderten Verzögerung der Signale. Die SES aber kann die Briten kontern, weil die MEO-Trabanten gegenüber der LEO-Flotte kaum Nachteile aufweisen.

Zudem verstärkt sich die SES gerade durch eine zweite MEO-Generation von elf O3b-mPOWER-Satelliten mit der zehnfachen Sendekapazität ihrer Vorgänger. Vor allem kann den anspruchsvollsten Kunden künftig angeboten werden, gleichzeitig GEO- und MEO-Signale zu nutzen, um mit einer sehr hohen Verlässlichkeit durch Redundanz

deren unterschiedlichen Vorteile optimal zu kombinieren. Denn bei der Antennentechnik am Boden kam es jüngst zu einem Durchbruch, der es nun erlaubt, binnen Sekunden von einem SES-Satelliten auf einen anderen überzuwechseln, der zudem in einer völlig anderen Umlaufbahn kreisen kann.

Solide abgesichert, aber ohne neuen Pep?

Somit ist klar, dass die Experten aus Betzdorf, die dieses Jahr 15 neue Satelliten ins All schießen werden, ihre Hausaufgaben recht ordentlich erledigt haben. Da die SES zudem in den USA für das Abtreten von Funkfrequenzen an Mobilfunkbetreiber über vier Milliarden Dollar in bar kassiert, ist es offensichtlich, dass der SES-Börsenkurs, der jüngst zwischen 5,5 und 9 Euro pro Aktie schwankte, deutlich unterbewertet ist. Allein die erwähnten Einnahmen für die US-Frequenzen entsprechen sechs Euro pro SES-Aktie.

Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren ist die mittelfristige Zukunft der SES mit demnächst 80 aktiven Satelliten solide gesichert, technisch top fit und kommerziell im Aufschwung, dank eines schnellen Umsteuerns der Firmenstrategie, auch durch einen Firmenkauf in den USA. Erbrachte nämlich die (nun weniger aussichtsreiche) TV-Ausstrahlung traditionell 70 % der SES-Einnahmen, so liegt diese Sparte trotz des weiteren Anstiegs der Zahl übertragener Programme bereits 2023 unter 50 %, während die (sehr schnell expandierende) Regierungs- und Militärkundschaft dann bereits mehr als ein Viertel ausmachen soll.

Ist also alles bestens? Nun, so solide die SES-Manager ihr Geschäft auch abgesichert haben, sind sie dadurch nicht in der spektakulären LEO-Welt angekommen, an die gigantische Erwartungen geknüpft sind. Steht der bisherige globale Champion SES künftig dennoch deutlich im Schatten des Weltraum-Superhelden Elon Musk?

Diese Frage führt direkt zur europäischen Weltraumpolitik, die im Titel des Artikels angesprochen wird. Um das angesagte LEO-Geschäft nicht ganz den Angelsachsen mit STARLINK, OneWeb, Amazon und Google zu überlassen, kündigt die EU-Kommission jetzt mit Investitionen von sechs Milliarden Euro eine europäische LEO-Flotte an. Dieser spektakuläre Plan könnte empfindliche Konsequenzen für die SES nach sich ziehen.

Europäisches Erwachen

Seit Jahrzehnten hat Europa gegenüber den USA das Nachsehen bei den ertragreichen sozialen Medien, den



Der riesige, 6,5 Tonnen schwere Satellit SES-19 geht demnächst in Betrieb und bedient dann Nord- und Südamerika, die Karibik und den Flugverkehr über dem Atlantischen Ozean. Es ist der erste vollelektrische SES-Satellit, d. h. er hat keinen Brennstoff an Bord und benutzt auch für seine Positionskorrekturen ausschließlich Sonnenenergie. Die Transportmaschine, die ihn auf unserem Bild bewegt, ist übrigens ein Luxemburger Fabrikat und stammt von der Firma GRADEL aus Bad-Mondorf. © SES

GAFAS (Google, Apple, Facebook, Amazon, Microsoft...), weil die USA frühzeitig hohe Fördermittel in die Informations- und Kommunikationsbranche investiert haben. Nun darf sich Europa, so heißt es, nicht nochmals durch eine Vorherrschaft von angelsächsischen LEO-Flotten in die zweite Reihe schubsen lassen.

Es gilt deshalb, eine technologische Abhängigkeit Europas in den kommenden Jahrzehnten zu verhindern. Nicht nur im Weltall, sondern in allen High-tech-Bereichen, warnen die großen strategischen Vordenker. Die anstehende Digitalisierung in der Wirtschaft braucht neben mehr Speichern, Rechnern und Algorithmen vor allem viele breitbandige, superschnelle, extrem robuste, redundante und sichere Leitungen, die sich über die Kontinente und Meere erstrecken. Terrestrische Lösungen sind oft schnell erschöpft und die Tiefseekabel können stets am anderen Ende abgehört werden.

Europa braucht die Flexibilität vieler paralleler Kanäle. Diese Verteilungs-

stränge darf die EU nicht einfach in Übersee anmieten, sondern sie muss in der Lage sein, diese Infrastruktur selber ständig zu kontrollieren, zu verschlüsseln und bei Bedarf auszubauen. Ohne den Einsatz von Milliarden Sensoren jeder Art, (sowohl im All als auch über die gesamte Erdoberfläche verteilt, an Orten von wo man sie oft nur per Satellit einsammeln kann,) geht auch der Kampf gegen den Klimawandel verloren.

Ferner wird nachdrücklich darauf hingewiesen, dass der moderne Cyberkrieg gegen Internethacker sowie russische und chinesische Spione und Militärs gänzlich neue elektronische Waffen, Instrumente und weltweite Transportwege erfordert, dass sich die Spionage- und Abwehranstrengungen über die reine Erdbeobachtung hinaus vielfach ins Weltall verlagern. Auch die konventionell-militärische Verteidigung wird immer numerischer, weil die Truppenbewegungen geolokalisiert und die Waffensysteme via Weltall ferngesteuert sind.

Fortsetzung siehe Seite 23



SES Betzdorf

IHRE TREPPE
LEICHT
HINAUF UND
LEICHT
HINUNTER

Entdecken Sie den Treppenlift
und den Hauslift von TK Elevator.
**Kostenloses Preisangebot und
Beratung telefonisch unter
40 08 96 oder per E-Mail unter
luxembourg@tkelevator.com**

www.tkelevator.lu



TKE

MOVE BEYOND

Was wäre der öffentliche Dienst
ohne CGFP?

Ein Nebeneinander von Einzelgruppierungen,
ohne Kraft, ohne Gewicht, ausgeliefert, verschaukelt...

CGFP - die einzige gewerkschaftliche
Kraft innerhalb der öffentlichen Funktion



Hausmaacher Fleeschspezialitéiten an Charcuterie
aus regionaler a lokaler Produktioun





Metzlererei
WIETOR

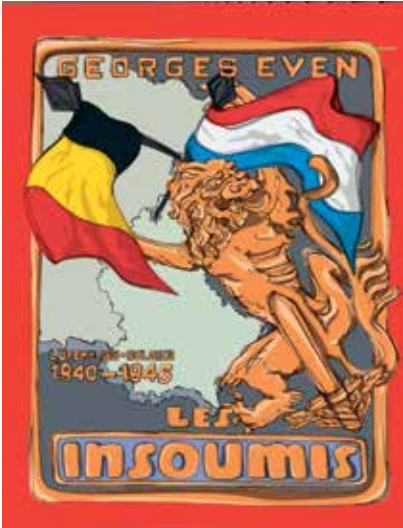
Beefort - Iechternach - Veianen

facebook : Metzlererei Wietor
www.wietor.lu

Les Insoumis 1940–1945

GEORGES EVEN

„Les Insoumis“ belicht ee bis dato
onbekanntent Kapitel vun der Lëtzebu-
erger Weltkriichsgeschicht: ee Geheim-
bond tèscht Lëtzebuerg an der Belsch an
de Krichsjoren 1940 - 1945. Bal 300
Lëtzebuenger Jongen, déi sech net dem
Nazijoch an der däitscher Wehrmacht
ënnerdrécke wollte, konnten an der
Belsch ënnerdauchen.
Vill Lëtzebuenger hu sech a gehei-
me Campen an de belsche Bëscher
zesummen fonnt an aktiv géint déi dätsch
Besatzungsmuecht gekämpft. Parallell
dozou gëtt och een donkelt, unbekannt-
tent a wéineg heldenhaft Kapitel vun
der Resistenz an de belsche Bëscher
thematiséiert.
Fir 52 jonk Lëtzebuenger huet dëst den
Doud bedeit: Si si vun den däitschen
Truppen ëmbruecht ginn oder goufen no
hier Verhaftung an der Belsch vun den
Nazien an Däitschland higeriicht.
D'Lëscht mat den Nimm vun den ën-
nergedaachte Lëtzebuenger an iwwert
100 Nimm vu Belsch a Lëtzebuenger, déi
hinne gehollef hunn, grad wéi détailléiert
Tabellen a Grafiken ronnen d'Gesamtbild
vum belsch-Lëtzebuenger Geheimbond
an dësem Buch of.



Les Insoumis 1940 - 1945
Gebonnen d'Buch 17 x 25 cm,
208 Säiten an daitscher Sprooch.

Weider Informatiounen op:
 www.insoumis.lu
 insoumis_1940_1945

Präis: **30,00.- €**
(gratis Liwwerung)

BUCHBESTELLUNG PER VIREMENT:
LU85 1111 0879 2543 0000
oder via **Digicash**  **payconiq** 621 721 715
(W.e.g. déi genee Liwweradresse ugin.)



WERDEN SIE NOCH
HEUTE MITGLIED!

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE DE LA FONCTION PUBLIQUE
Boîte postale 210 • L-2012 LUXEMBOURG

Demande d'adhésion

CGFP

Je soussigné(e) déclare par la présente que j'adhère à la Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP.
J'autorise le Bureau Exécutif de la CGFP à prélever sur mon compte-courant le montant de la cotisation annuelle.

Nom et prénom:

Domicile: Code postal no

Rue: no

Administration/Service:

Fonction: Date de naissance:

CCP ou
compte bancaire no: IBAN LU

....., le

.....
(signature)

REMARQUE: La cotisation annuelle, qui est actuellement fixée à 55,00 € (retraités/veuves: 35,00 €), comprend l'abonnement au périodique «fonction publique» et donne droit à toutes les prestations de la CGFP.

Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassende Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.





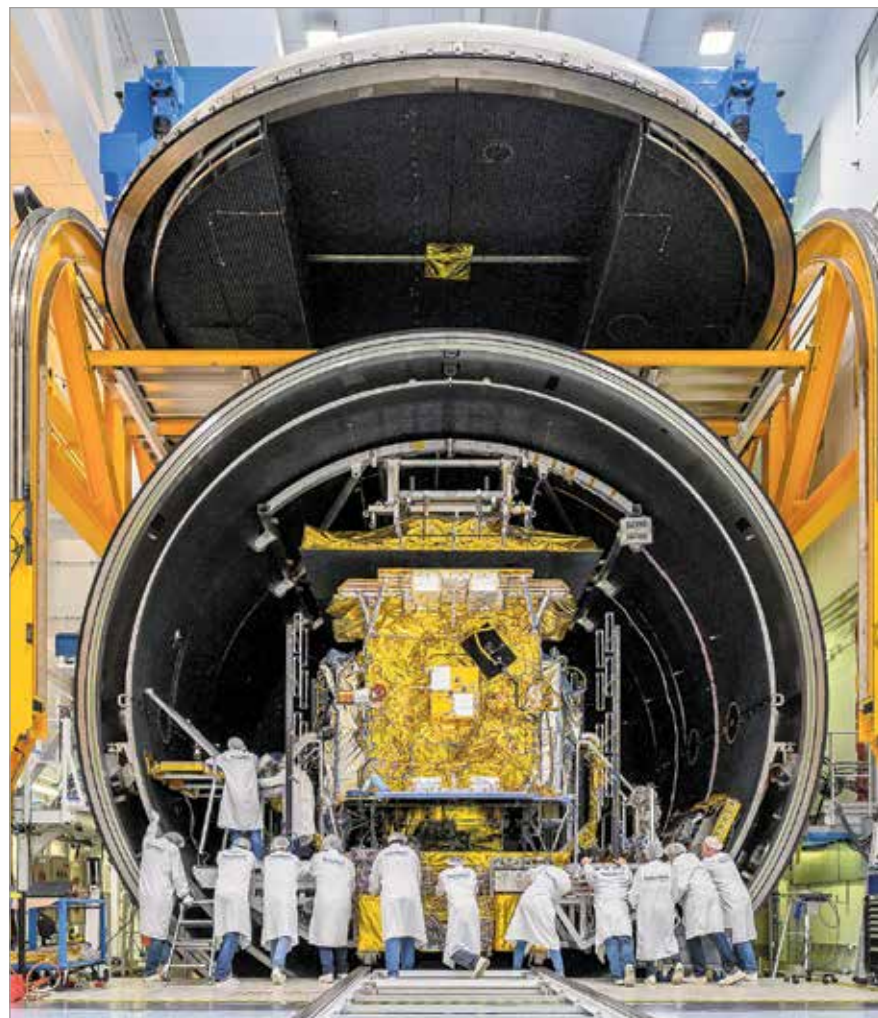
Vier O3b-Satelliten in Kourou auf dem Weg zu ihrer Rakete.

© SES



Die Bodenstation Betzdorf ist das Herz des ASTRA- und SES-Verkehrs.

© SES



Der enorme SES-17 ist bereit zu seinem Vakuumtest.

© SES

Fortsetzung von Seite 21

Kontinentale Souveränität

Wenn Europa bei der Satellitentechnik hinterherhinkt und dauerhaft von Rivalen abhängig bleibt, landet es technisch, wirtschaftlich und politisch gesehen zwangsläufig in der zweiten Liga. Deswegen braucht es für diese zusammenhängenden, souveränen Aufgaben eine eigene, mächtige europäische LEO-Satellitenkonstellation. Dazu sind kurzfristig sechs Milliarden Euro erforderlich, wobei 2,4 Milliarden aus den EU-Töpfen kommen sollen. (Bei diesem Thema schreien Brüsseler Budgetbürokraten aber jetzt schon Zeter und Mordio.) Die Europäische Weltraumagentur ESA stellt weitere 750 Millionen zur Verfügung. Zwei Milliarden stammen aus den nationalen Haushalten. Den Rest will man bei Privatinvestoren auftreiben.

Der zuständige EU-Kommissar Thierry Breton, ehemaliger Generaldirektor von France Télécom, sowie Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire als derzeitiger Vorsitzender des EU-Ministerrats, beschwören mit Nachdruck die „souveraineté européenne dans le cloud et dans l'espace.“ Und Präsident Macron legt nach: „Sans maîtrise de l'espace, en effet, pas de souveraineté technologique.“

Der Kampf der Titanen: Europa gegen die USA und Großbritannien sowie gegen Russland und China. Ein ehrgeiziges Vorhaben von enormem Ausmaß. Die Nutzung des Systems soll umfassend sein, einerseits wissenschaftlich und staatlich-souverän (einschließlich strategisch-militärisch), gleichzeitig aber auch privatwirtschaftlich. Während die technologischen Perspektiven und alle Aspekte der strategischen Sicherheit in der Hand der Politik bleiben müssen, ist allerdings eine intensive Nutzung durch die europäischen Unternehmen und Bürger nur privatwirtschaftlich denkbar.

Vorerst nur ein Plan

Diese prinzipielle Rhetorik und die politischen Theorien, gepaart mit dem Schlagwort „Public Private Partnership“, sind wohlgemeint und prinzipiell sinnvoll. Ohne diese Thesen infrage zu

stellen, fügen wir zwei kritische Bemerkungen hinzu.

Erstens: So hochfliegende Pläne sind typisch für die ENA-Absolventen, die Frankreich regieren, Menschen also, die schneller denken als sie Probleme lösen können und deren Vorhaben oft in Schwierigkeiten geraten. So winkten etwa beim Satellitenprojekt Kopernikus alle eingeladenen Privatinvestoren und Satellitenbetreiber schnell ab. Das ESA-Vorhaben musste mit EU-Mitteln restfinanziert werden.

Und zweitens: Vor 40 Jahren scheiterten bombastische staatliche Milliardenprojekte für europäische TV-Satelliten kläglich, nur weil die Initiatoren des kleinen ASTRA-Projektes mehr von Märkten und Technik verstanden und zudem schneller agierten. Es ist daher unklar, ob der angesagte Plan schnell Wirklichkeit wird.

Französische Entschlossenheit

Doch seit Frankreich den Vorsitz im Rat der EU hat, wird die Idee mächtig vorangetrieben. Da deren Verwirklichung enorme Auswirkungen auf die Zukunft der SES und auf die Weltraumpläne unseres Landes haben kann, hätte man dazu eine Meinungsäußerung unserer Regierung erwartet, etwa konkret formulierte politische Bedingungen. Nichts dergleichen. Es scheint so, als wisse man nicht, was sich da abzeichnet!

Der Plan ist nicht neu, konkretisierte sich aber erst, als die EU-Kommission letztes Jahr sieben Millionen Euro in praktische Vorarbeiten investierte, in die unter der Leitung von Airbus viele führende europäische Weltraumfirmen eingebunden waren, darunter auch die SES und EUTELSAT. Dass bisher keine Details durchgesickert sind, bedeutet nicht, dass es noch keine soliden Vorstellungen gibt. Es scheint eher, als wüsste man ein schnelles Absegnen des Vorhabens, bevor es wegen tausend Einzelheiten zerredet wird. Diese Diskretion kann aber auch gefährlich werden.

Es war sehr interessant festzustellen, dass das EU-Vorhaben nicht von EUTELSAT kommentiert wurde. Ganz anders verhielt sich jedoch die SES. Generaldirektor Collar, der zuvor stets zurückhal-

tend auf die LEO-Projekte reagiert hatte, begrüßte plötzlich das Projekt ohne Vorbehalte: „We have a very clear idea what we need to do. What we now need is to move forward with purpose!“

Privater Partner erforderlich

Soll diese LEO-Konstellation wie geplant von den technologisch fortschrittlichen Unternehmen Europas voll genutzt werden, bedarf es eines privatwirtschaftlichen weltweit agierenden Betreibers, der über kommerzielle Erfahrung und ausreichend Kundenkontakte verfügt, da die Satelliten ja nicht nur über Europa, sondern rund um den Globus im Einsatz sein werden. Weder EU-Strukturen noch die ESA könnten diese Rolle übernehmen.

Deshalb muss die SES oder EUTELSAT einbezogen werden. Möglich wäre auch die Einbindung beider Unternehmen. So beruht die Begeisterung des SES-Chefs wohl auf der Erkenntnis, dass er unumgänglich wird. Die Multi-Orbit-Nutzung, für die Collar seit Jahren wirbt, und die derzeit allein von der SES beherrscht wird, ist ausdrücklich in den EU-Plänen vorgesehen. Nicht präzisiert wurde, ob sich das Mitwirken der Privatakteure auf einen Teil des LEO-Datenverkehrs beschränkt oder auch den technischen Betrieb der Konstellation einbeziehen soll.

Der SES könnte natürlich nichts Besseres passieren, als dass sie ein LEO-Netz weltweit vermarkten kann, ohne dafür (ganz oder größtenteils) die enormen Finanzierungsmittel aufzubringen und das extreme Unternehmensrisiko tragen

zu müssen. Bietet sich somit hier für die SES die einmalige Chance, auch künftig neben Elon Musk global in der ersten Reihe mitzumischen? Für ihr Businessmodell wäre dies der absolute Kick, den die Fleißarbeit der letzten Jahre nie erreichen konnte!

Der Konkurrent spielt die Londoner Karte

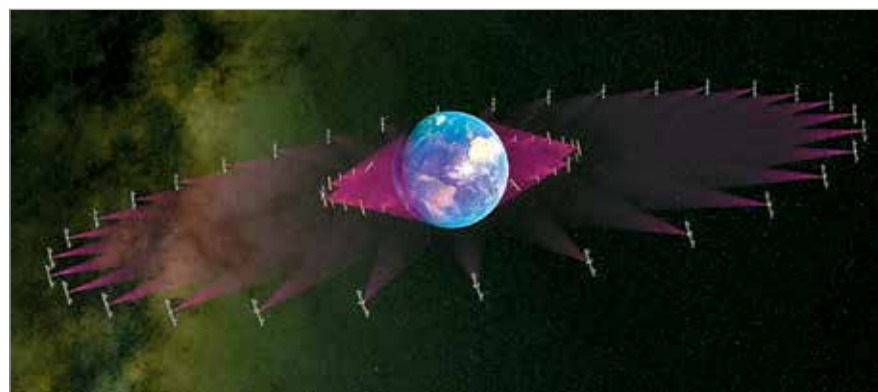
Jetzt stellen Sie sich bestimmt die Frage, geschätzter Leser, ob das mächtige Frankreich nicht in der Lage sei, dem Pariser Unternehmen EUTELSAT gegenüber dem Luxemburger Konkurrenten einen Vorteil zu verschaffen.

Nun, hier kommt jetzt der Clou der ganzen Geschichte: EUTELSAT selbst hat sich ins Abseits gedrängt, als es vor Monaten für 715 Millionen Dollar eine Beteiligung von 22,9 % an Boris Johnsons Flotte erworben hat und diese nun vermarkten will. Die alte Freundschaft mit der französischen Regierung ist deshalb plötzlich extrem angespannt.

Sowohl EU-Kommissar Breton als auch Minister Le Maire, die beiden (französischen) Paten des EU-Projekts, werden klar dahingehend zitiert, dass jemand, der die englische Konkurrenz unterstütze, nicht gleichzeitig am europäischen LEO-Projekt mitwirken könne. Also ist EUTELSAT offensichtlich nicht mehr im Rennen und die SES praktisch unentbehrlich. Vorausgesetzt der Plan wird trotz aller europäischen Klima-, Corona- und Kriegskosten tatsächlich durchgezogen.

„Affaire à suivre“, wie man in Frankreich zu sagen pflegt.

Paul ZIMMER



MEO GEO Konstellation

© SES



LUX VOYAGES



Island, nicht nur eine Insel aus Feuer und Eis ...



... sondern ein Land voller Gegensätze, Überraschungen und Geheimnisse. In dieser archaischen Vulkanlandschaft fühlt man sich in die Urzeit der Erdentstehung versetzt. Im Süden der Insel finden Sie ausgedehnte Weiden mit breiten, schwarzen Stränden, an denen sich die weiße Gischt der Wel-

len bricht und daneben riesige Gletscher, deren schwarz versandete Zungen fast bis ins Meer reichen. Im Osten ragen die steilen Basaltplateaus empor, in die sich tiefe Fjorde und enge Gebirgstäler gegraben haben. Im Norden liegen breite Täler und der längste Fjord des Landes, der Eyjafjörður. Die ak-

tive Vulkanzone durchzieht das Land von Reykjanes im Südwesten bis nach Öxarfjörður im Nordosten. Nicht nur die Isländer lieben diese Insel mit ihrer fantastischen Natur. Entdecken Sie Island auf eigene Faust und erkunden Sie mit einem Mietwagen eine der zahlreichen Routen.



Hier finden Sie verschiedene Vorschläge:

■ Island mit Flair

- 11 Tage ab/bis Keflavik **pro Person im Doppelzimmer mit Bad ab 1.789 €**
- Kurze Tagesetappen begreifende Rundreisen mit charmanten und stilvollen Unterkünften
- Flüge sowie Mietwagen nicht im Preis inbegriffen

■ Große Islandrundreise

- 19 Tage ab/bis Keflavik **pro Person im Doppelzimmer mit Bad ab 2.169 €**
- Eine entspannte Rundreise zu den Klassikern der Ringstraße und entlang des wildromantischen „Arctic Coast Ways“ mit Übernachtungen in Farmunterkünften, Gästehäusern und Hotels
- Flüge sowie Mietwagen nicht im Preis inbegriffen

■ Familienpass auf Farmen

- 10 Tage ab/bis Keflavik **pro Person im Doppelzimmer, teils mit Etagenbad, teils mit Bad ab 699 €**
- Auch buchbar in Familienzimmer bis zu 5 Personen (2 Erwachsene und 3 Kinder)
- Rundreise mit viel Spaß für Groß und Klein, Lava Center, Bootsfahrt in der Gletscherlagune Jökulsárlón, Wasserfälle, Geysire und Gletscher und der absolute Kinderliebling: Islandpferde zum Anfassen



LUX VOYAGES s.à r.l.

25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg
Tel.: 47 00 47 - 1
info@luxvoyages.lu

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Naturerlebnis-Reisen vor.
Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.





fonction
publique

SPÉCIAL OUTDOOR

Printemps : le renouveau au jardin d'agrément !



Au Luxembourg comme dans la plupart des pays voisins, le jardinage est une activité qui rencontre un vif succès. Le désir de pratiquer une activité physique à son rythme et en plein air, la volonté d'embellir son cadre de vie, le besoin de nature... font partie des principales motivations pour celles et ceux qui veulent passer du temps dans leur jardin d'agrément. Le printemps et le tout début de l'été sont des périodes propices pour laisser libre cours à la créativité.

Un jardin qui retrouve de la vigueur après les gelées hivernales

Au printemps, le jardin retrouve de la vigueur. Les dernières gelées sont passées, les végétaux se mettent à bourgeonner, à pousser et à fleurir. Si vous êtes jardinier, c'est le moment de vous retrousser les manches : la saison se positionne comme un rattrapage de l'automne (si vous n'avez pas eu l'occasion de réaliser toutes les plantations désirées) et comme le

départ d'une nouvelle saison riche en parfums, formes et couleurs. Il y a beaucoup à faire au jardin au cours de cette période : nettoyer, semer, planter, repiquer... La chaise longue, ce sera pour plus tard !

Dix questions-clés et leurs (bonnes) réponses

Face à l'ampleur du travail, le jardinier amateur est parfois un peu démuni. C'est peut-être votre cas. Voici dix questions-clés et leurs réponses pour aborder le printemps en toute quiétude...

1. Faut-il enrichir la terre ? Tout dépend du sol. Si vous possédez une terre riche, vos nouvelles plantations n'ont besoin de rien. Si votre terre est lourde et argileuse, faites un apport de sable pour alléger le substrat à raison d'un tiers du volume. Dans une terre caillouteuse, contentez-vous d'un apport de terreau
2. Faut-il beaucoup d'outils ? La réponse est très claire : non ! Pour les arbres, arbustes et vivaces en gros pots, munissez-vous d'une bêche bien coupante. Pour les bulbes, les annuelles ou les vivaces, un transplantoir suffit. Un sécateur est également utile pour rectifier la coupe d'une branche abîmée ou d'une racine cassée
3. Pour les plantations en pot, faut-il décompacter les racines ? Toujours ! Surtout si le réseau des racines est dense. Cela permet à la plante de s'installer plus vite. Utilisez une griffe à trois dents ou un couteau pour décompacter la touffe des racines
4. Faut-il creuser le trou de plantation à l'avance ? Ce n'est pas la peine ! Il suffit de creuser le trou le jour de la plantation (sauf si vous plantez beaucoup d'arbres et avez besoin d'une mini-pelle). Au cas où vous seriez obligé de creuser bien à l'avance, remplissez le trou avec de la terre meuble et paillez abondamment avec du compost mi-mûr pour éviter que la flore microbienne ne soit trop dérangée par la mise à nu
5. Faut-il obligatoirement mettre de l'engrais ? Pas nécessairement ! Mais c'est utile pour stimuler la croissance d'une plante et son installation,

FASSADEN AM NATURSTEEN AN FIBRE-CIMENTS
STEEN FIR ÄREN INTERIEUR AN EXTÉRIEUR
KICHEN / BUEDZÉMMER
TERRASSEN / TRAPEN
GRAFSTENG AN MONUMENTER

BERTRAND

MARBER
GRANIT
ONYX
QUARTZITE
KERAMIK

1, RUE HENRI TUDOR - L-5366 MUNSBACH CONTACT@BERTRAND.LU BERTRAND.LU +352 35 0119-1



Lëtzebuerg,
dat ass Vakanz!

Vëlosummer

2022

📍 Esch-Sauer
Inspirierend Vëlostouren
fannt Dir ënnert
www.velosummer.lu

© Pampasand.studio | Pampasand Photographie

SPÉCIAL **OUTDOOR**

fonction
publique

- avec une préférence pour les engrais organiques qui libèrent progressivement leurs éléments nutritifs. Attention au respect des dosages ! Pour les plantes en pot et les jardinières, un apport d'engrais tous les mois au moment d'un arrosage est nécessaire
6. Faut-il étiqueter les plantations ? C'est utile ! Cela vous évite de piétiner les bulbes ou, plus tard, de vous demander quel est le nom de cet arbuste ou de cette fleur si parfumée. Si vous n'aimez pas les étiquettes vendues avec la plante, rien ne vous empêche de créer votre propre système avec des ardoises ou des morceaux de bois pyrogravés. Pour les bulbes et plantes vivaces, si vous ne souhaitez pas mettre une étiquette, il est nécessaire de laisser un tuteur qui indique la présence d'une plante, histoire de ne pas planter autre chose exactement au même endroit
7. Faut-il tailler après la plantation ? Il n'est pas nécessaire de tailler les arbres et arbustes après la plantation. Mais vous pouvez en profiter pour couper les branches abîmées ou mal orientées. En revanche, les plantes destinées à la conduite d'une haie doivent être rabattues d'environ un quart afin de stimuler la croissance de nouvelles pousses
8. Faut-il tuteurer ? Les arbustes n'ont pas besoin d'un tuteurage, mais il est souvent utile de tuteurer les arbres qui viennent d'être plantés. Cela leur permet de bien s'installer et d'avoir une croissance verticale. Laissez le tuteur en place pendant 4 à 5 ans, en fonction de la taille de l'arbre. Certaines grandes vivaces (delphinium, thalictrum...) peuvent aussi avoir besoin d'un tuteur pour que leurs tiges ne ploient pas sous l'effet du vent
9. Comment arroser ? Pendant un certain temps après la plantation, des arrosages sont nécessaires pour aider les plantes à s'installer. Arrosez les ligneux pendant 3 à 4 mois, à raison d'un arrosoir par semaine, de préférence le soir (sauf s'il pleut abondamment). Pour les plantes vivaces et annuelles, arrosez pendant un mois à raison d'une fois par semaine (deux fois par semaine s'il fait très chaud)
10. Faut-il les protéger des limaces ? Oui ! Les limaces adorent les jeunes pousses de delphiniums,



hostas, reines-marguerites... Dès la plantation achevée, épandez des granulés anti-limaces. Encore mieux et plus écolo : un paillage rugueux (cosses de cacao, chanvre, paillettes de lin, aiguilles de pin...) qui constitue une barrière physique efficace contre limaces et escargots

En pot ou en pleine terre, que planter en mai et juin ?

Le mois de mai s'ouvre avec la tradition du muguet du 1^{er} mai. Il y a beaucoup de superbes fleurs à planter : plantes annuelles (agératum, capucines, cosmos, ipomée, reine-marguerite...), l'alkéengé du

Pérou, les œillets d'Inde, la mauve violette ou de nombreux rosiers. Sans oublier les herbes aromatiques : ciboulette, coriandre, lavande officinale, mélisse officinale, menthe, romarin, sauge officinale, thym serpolet... Un mois plus tard, en juin, c'est le moment de terminer la plantation des fleurs annuelles, des bulbes d'été, des agapanthes et autres fleurs estivales. C'est aussi le moment d'installer les palmiers rustiques et exotiques, de bouturer les asters, les lilas ou les lupins notamment, de semer en place les alysses odorantes, belles-de-jour, capucines, choux d'ornement, cosmos, digitales, lobélías, pavots annuels, tournesols...

**LE BONHEUR
D'ÊTRE À
L'EXTÉRIEUR**

Parasols, barbecues, plantes, salons de jardin, matériel de jardinage... Chez Batiself, il y a tout pour votre jardin.

BATISELF
YOUR HOME, YOURSELF

✓ SERVICE ✓ CONSEIL ✓ QUALITÉ ✓ CHOIX

ALZINGEN
INGELDORF
MERSCH
SCHIFFLANGE
STRASSEN
BATISELF.LU

Trockenmauern: Lebensraum für Tier- und Pflanzenwelt



Leider sind die großflächigen Trockenmauern zur Begrenzung oder zum Abstützen von Hanglagen in den Weinbergen weitgehend verschwunden, und damit ist ein wichtiger Lebensraum für Kleintiere entfallen. Doch auch in heimischen Gärten können Trockenmauern

wertvolle Elemente zur Strukturierung von Gartenanlagen oder zum Sichern von Hanglagen sein. Dabei ist die Anlage einer solchen „Trocken“-Mauer gar nicht so kompliziert: Als Fundament wird ein etwa 40 cm breiter Graben ausge-

hoben und mit Schotter aufgefüllt, damit die Mauer „trocken“ bleibt. Anschließend wird die Mauer vorzugsweise mit unbearbeitetem Naturstein, ansonsten mit jedem anderen Baumaterial ohne Mörtel aufgeschichtet, wobei die nährstoffarme Aushuberde im drin-

genden Bedarfsfall als Ausgleichsmaterial dient. Optimal sollte die Mauer ganz ohne Zwischenmaterial „gestapelt“ werden. Dabei kann diese sowohl freistehend als auch als Stützmauer errichtet werden.

75 JOER INTERIOR DESIGN ZU LETZEBUERG



SPÉCIAL **OUTDOOR**

fonction
publique

Der günstigste Zeitpunkt für die Bepflanzung einer Trockenmauer liegt zwischen März und September. Im Idealfall findet diese gleich beim Bau der Mauer statt. Dabei wird in den Fugen eine geringe Menge nährstoffarme Erde gefüllt und die Pflanzen an ihren neuen Standort gebracht. Bei der Pflanzenwahl sollte man beachten, dass freistehende Mauern eher austrocknen als Stützmauern. Auch sollte man zwischen den Steinen Freiräume lassen, die von Kleinsttieren als Lebensräume genutzt werden.

Vielfältige Pflanzenwelt

Als Pflanzen eignen sich an sonnigen Standorten vor allem Steinkraut (Alyssum Montanum), Schleierkraut (Gypsophila paniculata), Hopfendost (Origanum Rotundifolium) oder griechisches Blaukissen (Aubrieta Deltoidea). Aber auch alle wärmeliebenden Kräuter wie Thymian, Lavendel oder Rosmarin eignen sich hervorragend für die Trockenmauer.

Im Halbschatten gedeihen das Mauer-Zimbelkraut (Mauerblümchen, (Cymbalaria Muralis), die Gold-Fetthenne (Sedum Floriferum) sowie die Polster-Glockenblume (Campanula Poscharskyana) und im Schatten sollte man den kaktusartigen Dach-Hauswurz (Sem-

pervivum Tectorum), die Alpen-Akelei (Aquilegia Alpina) oder die farnartige Mauerraute (Asplenium Ruta-Muraria) bevorzugen. Auf die Mauerkrone gehören dagegen resistenterere Arten wie das Berg-Sandkraut (Arenaria Montana) oder das Frühlings-Fingerkraut (Potentilla Neumanniana).

Dies ist jedoch nur eine kleine Auswahl interessanter Pflanzmöglichkeiten, wobei Ihnen Ihr Gärtner sicher noch mehr Vorschläge unterbreiten kann.

Nach dem Bepflanzen sollte vorsichtig mit einer Gießkanne gewässert werden, damit die Erde nicht aus den Fugen ausgespült wird. In den beiden ersten Jahren ist eine gelegentliche Bewässerung ratsam, damit die Pflanzen gut anwachsen. Danach wachsen die Pflanzen in der Regel am besten, wenn man sie ungestört lässt.

Lebensraum für zahlreiche Tierarten

Eine Trockenmauer bietet aber auch zahlreichen Tierarten einen wichtigen Lebensraum. Insbesondere Insekten erhalten Schutz in den Hohlräumen und auch zahlreiche Wildbienenarten sowie Wespen und Hummeln finden hier nicht nur

eine Bleibe, sondern bei einer insektenfreundlichen Pflanzenauswahl gleichzeitig einen reich gedeckten Tisch.

Neben Fliegen, Ameisen, Spinnen und zahlreichen flügellosen Insekten sonnen sich gerne Eidechsen und kleine Schlangen in den Mauersteinen.

In feuchteren Gebieten oder an schattigen Plätzen tummeln sich Kröten, Salamander und Frösche, während Schnecken in den Tro-

ckenmauern ein Versteck finden bzw. Trockenperioden überstehen. Sogar verschiedene Vogelarten wie Gartenrotschwanz, Bachstelze oder Spatzen können in den Ritzen von Trockenmauern nisten oder sich hier verstecken.

Somit tragen die Trockenmauern zur Arterhaltung und zur Biodiversität bei, indem sie sowohl für die Flora als auch für die Fauna Lebensräume bieten und somit einen wichtigen Beitrag für die Naturerhaltung leisten.



**CHALET
CENTER
KIRSCHTEN**



GAARDENHAISERCHER



CARPORTEN



GARAGEN



OP MOOSS



VILLES MËT AUS HOLZ

**BERODUNG
FONDATION
MONTAGE**

9, KRIIBSEBAACH | L-9365 EPELDORF | (+352) 80 71 90 | INFO@CHALETCENTER.LU | WWW.CHALETCENTER.LU

VAKANZ DOHEEM

Lasst uns Ihre Pergola zusammen planen



SHOWROOM
181, rue de Luxembourg – L-4222 ESCH/ALZETTE
Tel.: (+352) 55 21 56-1 | info@metalica.lu | www.metalica.lu



Mir freeën eis op Aeren Besuch
Méindeg bis Freideg, 9.00 – 18.00 Auer
Samschdeg, 9.00 – 16.30 Auer
Oder op Rendez-vous: www.metalica.lu

C'est le moment de cuisiner en plein air !

Le moment est venu de profiter du jardin, de la terrasse ou du balcon ! Barbecue et plancha sont à l'honneur pour le bonheur estival des gourmands et des gourmets. Voici quelques suggestions gourmandes qui vont vous régaler !



Moules safranées aux légumes du soleil, à la plancha

4 pers. • Prép. : 15 min • Cuisson : 10 min

1 kg de moules • 3 oignons nouveaux • 1 échalote • 4 tomates • 50 g de tomates confites • 1 c. à s. d'huile d'olive vierge extra • 10 cl de vin blanc • 1 dose de safran en poudre • poivre

Lavez et grattez soigneusement les moules. Jetez celles qui sont ouvertes.

Épluchez et émincez les oignons et l'échalote. Pelez les tomates, coupez-les en deux, égrainez-les et détaillez-les en très petits dés. Détaillez les tomates confites en très petits dés également.

Sur la plaque, réglée sur feu doux, faites revenir, en remuant constamment, les oignons émincés et les dés de tomates dans l'huile d'olive. Quand les ingrédients commencent à caraméliser, ajoutez les dés de tomates confites et poivrez. Faites glisser ces ingrédients vers le bord de la plaque.

Au centre de la plaque, déposez les moules et l'échalote, arrosez de vin blanc. Faites ouvrir les moules en les cuisant pendant 4 à 5 minutes. Jetez les moules qui restent fermées. Mélangez le tout avec la garniture de légumes et saupoudrez de safran. Servez le plat aussitôt, bien chaud.

Cœur de filet de bœuf, sauce au cognac, à la plancha

4 pers. • Prép. : 10 min • Cuisson : 12 min



800 g de filet de bœuf • 3 c. à s. de poivre concassé • 1 épaisse tranche de lard fumé • 4 laitues iceberg • huile d'olive vierge extra • 15 g de beurre • sel
Pour la sauce : 25 ml de cognac • 30 g de beurre ramolli

Sortez la viande du frigo 1 heure à l'avance pour qu'elle soit à température ambiante. Coupez le filet de bœuf en 4 steaks épais et passez-les dans le poivre concassé. Coupez le lard en bâtonnets. Coupez les laitues iceberg en deux, de haut en bas.

Faites chauffer la plancha sur feu moyen. Huilez et salez les steaks. Faites-les cuire pendant 3 minutes,

avant de les retourner. Diminuez la température et faites cuire les bâtonnets de lard pendant 1 minute. Ajoutez alors les 15 g de beurre et poursuivez la cuisson pendant encore 1 minute. Salez avant de repousser les lardons sur les bords de la plaque. Continuez la cuisson des steaks pendant 1 minute encore avant de les réserver, eux aussi, sur les bords de la plaque. Faites alors cuire les laitues pendant 2 minutes sur chaque face et réservez-les sur les bords de la plaque.

Déglacez les sucs de cuisson au cognac et ajoutez les 30 g de beurre, petit à petit. Rectifiez l'assaisonnement.



La passion que nous mettons dans notre travail est le véritable esprit de **CREADesign**. Avant d'être un métier, **CREADesign** est le développement de projets qui dialoguent avec l'environnement, une reconnexion avec la nature tout en offrant simultanément une déconnexion avec les contraintes du monde moderne.

Le respect d'un travail irréprochable est la ligne de guide de notre entreprise. A chaque étape du projet, nous appliquons une approche individuelle, chaque client est unique pour nous.

Une entreprise de conception et de construction sur mesure spécialisée dans les petits espaces de luxe adaptés au style de vie. Nous créons des lieux qui inspirent et qui résistent à l'épreuve du temps tout en répondant à chacun des besoins spécifiques de nos clients de manière unique.

CREADesign est spécialisé dans les pergolas bioclimatiques de la marque BLOSSUN, les carports, les studios de jardin, pool houses, abri de jardin, terrasses couvertes.

Nous réalisons également les aménagements de vos jardins sur-mesure et en répondant au mieux à toutes vos attentes.

Vous recherchez la chaleur d'une terrasse en bois, l'esthétique de dalles de pierre ou un tapis de pierre ? Quel que soit votre choix, nous vous garantissons la réalisation de votre terrasse avec des matériaux de qualité et dans les règles de l'art.

Nous rencontrer n'engage à rien, et partager notre point de vue lors d'un premier contact est toujours un réel plaisir.



CREADesign
OUTDOOR & INDOOR

33, avenue de la Liberté
L-1931 Luxembourg

Christophe Goffin
+352 661 661 388
+32 (0) 470 79 19 79

info@crea-design.lu
www.crea-design.lu

Grégory Nevraumont
+352 691 626 813
+32 (0) 492 43 49 77

SPÉCIAL **OUTDOOR**

Déposez les steaks sur un plat de service chaud. Entourez-les de laitues braisées et nappez de sauce au cognac. Servez chaud.

Steaks de thon et leur anchoïade, au BBQ

4 pers. • Prép. : 15 min • Marinade : 1 h • Cuisson : 12 min

2 gousses d'ail • le jus d'un citron • feuilles de basilic • 4 c. à s. d'huile d'olive vierge extra • 4 tranches de thon • 2 tranches de pain de campagne • 150 g d'anchoïade • sel, poivre
Pour la crème d'avocats : 2 avocats • le jus d'un citron • 2 c. à s. de crème fraîche • 1 bouquet de ciboulette • sel, poivre

Pelez et hachez les gousses d'ail. Émiettez finement les feuilles de basilic. Dans un grand plat, mélangez l'huile d'olive, le jus de citron, l'ail et le basilic. Salez et poivrez. Déposez les tranches de thon dans cette marinade et enrobez-les bien. Couvrez d'un film plastique et faites mariner au frais pendant au moins 1 heure.

Préparez la crème d'avocats en dénoyant les avocats coupés en deux. Prélevez la chair et coupez-la en morceaux. Mixez la chair d'avocats avec le jus de citron et la crème fraîche. Salez et poivrez, incorporez la ciboulette ciselée. Réservez au frais, dans un récipient fermé et avec les noyaux d'avocats (qui empêcheront l'oxydation de la préparation).

Égouttez soigneusement les tranches de thon et faites-les griller pendant 6 minutes sur chaque face. Grillez aussi les tranches de pain, coupez-les en deux et tartinez-les d'anchoïade.

Servez les tranches de thon, accompagnées d'une tartine à l'anchoïade et de quelques cuillerées de crème d'avocat.

Magrets de canards aux pêches, au BBQ

4 pers. • Prép. : 10 min • Marinade : 30 min • Cuisson : 10 min

4 magrets de canard • 50 g de graines de tournesol • 4 pêches de vigne
Pour la marinade : 1 gousse d'ail • 2 c. à s. d'olive vierge extra • 1 c. à s. de miel liquide • 1 cuillère de vinaigre balsamique • 1 cuillère de sauce soja • sel, poivre

Préparez la marinade : pelez et écrasez la gousse d'ail. Dans un grand plat creux, mélangez tous les ingrédients de la marinade.

Retirez la peau des magrets et réservez-les. Disposez les magrets dans le plat creux et enrobez-les de marinade. Recouvrez d'un film plastique et faites mariner pendant 30 minutes.

Dans une petite poêle, faites dorer à sec les graines de tournesol avant de les concasser grossièrement et de les réserver. Coupez les pêches en deux et dénoyautez-les.

Égouttez les magrets et faites-les griller pendant une dizaine de minutes en les retournant à mi-cuisson et en les badigeonnant de marinade.

Faites griller les peaux de canard de chaque côté pour faire fondre la graisse. Grillez également les demi-pêches, côté chair sur le grill.

Servez les magrets recouverts de concassée de graines de tournesol et garnis avec les demi-pêches ainsi que les peaux grillées.



SunFurl.eu Sonnensegel & Sonnenschirme **BAHaMa®**

morso Pizza-Öfen & BBQ's **ALFA FORNI**

Corradi OUTDOOR LIVING SPACE

feuer & stein We create Your Design

33 Rue de Munsbach
L 6941 NIEDERANVEN
Tel. 341339
info@feuerundstein.com
www.feuerundstein.com



ACIERS • QUINCAILLERIE • OUTILLAGE • JARDINAGE • MÉNAGE • CADEAUX • VÉLOS

Holly Lounge

Die wandlungsfähige Holly Bank von Stern kann als Lounge, Liege oder Doppelbett genutzt werden und ist in den Farben anthrazit, graphit, taupe oder weiß erhältlich. Holly erobert jetzt außerdem mit einer 5 cm höheren Sitzfläche auch den Dining Bereich.

Holly Bank/Liege 216 x 73 cm	1.695 €
Beistelltisch Allround	549 €
Holly Dining Bank/Liege 216 x 73 cm	1.795 €
Beistelltisch/Hocker 72 x 72 x 37,5 cm	ab 369 €
Rückenkissen	ab 119 €

moes freres s.à r.l.

4, op der Kopp L-5544 Remich
Tel. 23 66 36 21 • Fax 23 66 91 21 • www.moesfreres.lu
Geschäftsführer: Gérard und Pit Moes
Mo. - Fr. 8.00 - 18.30 Uhr • Sa. 8.00 - 17.30 Uhr
Besuchen Sie uns auf und auf



Unser Service :

- ✓ Lieferservice
- ✓ Schlüsseldienst
- ✓ Reparaturservice
- ✓ Farbmischanlage

www.moesfreres.lu



CONTERN S.A. – Lëtzebuenger Beton
Mat neien Produüen um lokalen an internationalen Marché vun den Alentouren

Si vous vous êtes rendus à la côte française ces derniers mois, plus précisément à Dunkerque/Malo les Bains, vous vous êtes probablement étonnés de rencontrer à quelques mètres de la plage de très nombreuses palettes de pavés et dalles marquées „Contern”. En effet Contern S.A. a gagné la soumission publique des autorités locales et y livre plus de 40 000 m² de dalles de grand format spécialement conçues pour la digue.

Au Luxembourg, nos nouveaux produits ont su convaincre également les communes locales et les clients privés. Qu'il s'agisse de chantiers publics tels que le nouveau parc de la Cloche d'Or, les campus scolaires à Roeser, Clervaux ou Schouweiler, le piétonnier de Bettembourg, le développement urbain à Belval, la plateforme multimodale CFL, ou d'aménagements pour particuliers (entrées de garage, terrasses, ...), les nouveaux formats, textures et couleurs de Contern plaisent aux prescripteurs et aux maîtres d'ouvrages.

Les dalles Linearis par exemple impressionnent par leurs dimensions généreuses 100 x 100 cm. Si vous cherchez plutôt un aménagement par modules, optez pour les dalles Littoral 80x60, 60x30, 60x20 en épaisseur 12 cm. Vous recherchez un multiformat ? Les pavés Landscape s'associent et forment un plan de pose procurant un effet „parquet”.

Contern, c'est aussi des couleurs parfaitement en harmonie avec la nature telles que les dalles Atlas Magma, Alba ou Lava, pour n'en citer que quelques-unes.

Le produit Oasis, lui, est unique en son genre: il permet d'intégrer de la pelouse dans le revêtement en pavés et assure ainsi la transition entre des surfaces végétalisées et des surfaces stabilisées.

Contern S.A. est une entreprise 100 % locale, qui est ancrée dans la Grande Région depuis bientôt 100 ans ! En tant qu'entreprise responsable, nous garantissons une très haute qualité de produit avec une empreinte carbone aussi faible que possible. Faites confiance à votre fabricant local. Nos équipes sont à votre disposition pour vous aider et vous conseiller. Qu'il s'agisse de notre propre département de conseil en construction, qui s'adresse aux pouvoirs publics et aux prescripteurs, ou de notre réseau de négociants en matériaux de construction, qui sert les particuliers.

Au proverbe bien connu "Nul n'est prophète en son pays", nous répondons volontiers par "L'herbe n'est pas toujours plus verte ailleurs".



Une piscine dans son jardin, du rêve à la réalité



Si vous vous voulez offrir un petit côté « Hollywood » à votre jardin, la piscine est l'équipement qu'il vous faut ! Bonne nouvelle : grâce aux professionnels du secteur, on trouve désormais des piscines qui conviennent à tous les styles de maisons, toutes les tailles de jardins, tous les goûts des nageurs et tous les budgets. Il n'y a donc aucune raison de s'en priver !

Des circonstances qui boostent le secteur

Les changements climatiques accompagnés de canicule dans nos régions, les confinements liés à la récente pandémie de Covid-19 qui ont limité nos activités de loisirs, le désir de transformer sa maison en un « home sweet home » accueillant, confortable et bien équipé : voilà

certains éléments déterminants qui, depuis quelques années, boostent le secteur de la piscine. Mais ils ne sont pas les seuls : une palette de modèles de plus en plus étendue, la possibilité de se passer quasi totalement des produits chimiques liés à l'entretien quotidien du bassin et des prix toujours plus compétitifs sont aussi des arguments très sérieux pour une acquisition.

Les dix attraits majeurs d'une piscine dans son jardin

La piscine privée est-elle un luxe ? Oui et non. Certes, malgré une très large fourchette de prix, elle représente toujours un investissement, aussi bien à la construction, à l'installation qu'à l'entretien courant. Mais, à côté de cela, quels avantages ! Parmi ceux-ci, on peut souligner que la piscine au jardin :

- embellit l'environnement proche
- offre une totale liberté car il est possible de nager à n'importe quel moment, sans tenir compte des horaires des piscines publiques
- garantit beaucoup plus d'intimité que n'importe quelle piscine publique
- augmente le confort quotidien car il est possible de nager sans
- sortir de chez soi, sans devoir prendre sa voiture pour se rendre dans une piscine publique
- permet de passer des moments de détente et de convivialité en famille ou entre amis
- apporte un « plus » aux enfants qui profitent d'une activité physique et ludique supplémentaire
- garantit une plus-value à la propriété. Certains spécialistes de l'immobilier estiment qu'une piscine dans le jardin augmente la valeur d'un bien de 19,5 % en moyenne
- permet d'entretenir sa santé en pratiquant à son rythme une saine activité de plein air

Les trois grands types de piscines

Êtes-vous déterminés à réaliser votre rêve ? Sachez alors que vous allez devoir choisir entre trois grands types de piscines :

- Les piscines hors-sols : elles sont les moins chères de toutes et, parmi celles-ci, les modèles gonflables sont encore plus économiques. Outre leurs prix très abordables, les piscines hors-sols présentent l'avantage d'une installation rapide. Mais, gonflables ou pas, ce ne sont pas les modèles les plus

**Groupe
renovation.lu**
Handwerk aus Lëtzebuerg

 www.renovation.lu

 288 308



SPÉCIAL **OUTDOOR**

fonction
publique



esthétiques, ni ceux qui mettront le plus en valeur le jardin et l'ensemble de la propriété

- Les piscines semi-enterrées : elles se situent à mi-chemin entre la piscine hors-sol et la piscine enterrée. Si vous êtes propriétaire d'une parcelle difficilement aménageable, c'est une excellente solution, même si ce genre de piscines peut aussi s'envisager sur un terrain plat. L'un des avantages de ce type de piscines est qu'il offre une bonne sécurité par rapport aux jeunes enfants et aux animaux de compagnie, du fait d'une margelle surélevée
- Les piscines enterrées : elles sont

les « musts » du genre, s'intégrant le mieux à l'environnement tout en mettant votre propriété en valeur. Grâce à des matériaux performants et au savoir-faire des entreprises spécialisées, les piscines enterrées ne présentent quasiment aucune limite. Ni en termes de taille, ni du point de vue de la forme, même si les modèles les plus classiques – rectangle, rond, ovale – restent les plus plébiscités. Les professionnels proposent désormais des piscines enterrées adaptées à la configuration du lieu où elles doivent être installées. Ils conçoivent la piscine enterrée de manière à ce

qu'elle s'intègre dans son environnement direct, dont le jardin, en tenant compte de chaque détail et en respectant les couleurs, les matériaux, les contours, le style de la maison déjà construite, etc. Ils veillent aussi – en fonction de la configuration du terrain, des constructions existantes et des réglementations en vigueur – à l'installer à l'endroit le plus propice : un emplacement abrité du vent, généreusement ensoleillé, aisément accessible depuis la maison ou la terrasse. Il doit se trouver à l'abri des regards indiscrets des voisins qui, de leur côté, ne doivent pas subir vos nuisances quand vous jouez, riez ou faites du bruit dans le bassin. La piscine doit être visible depuis la maison pour assurer une meilleure surveillance des enfants et des animaux de compagnie.

La piscine, l'atout-santé

Elle procure du plaisir au quotidien, fait le bonheur des enfants et celui des adultes et permet de passer de bons moments en famille ou entre amis. Mais la piscine se présente aussi comme un atout-santé ! La natation est aussi bonne pour le corps que pour l'esprit.

Côté physique, la natation renforce les muscles et réduit la tension arté-

rielle. L'eau dans une piscine exerce plus de pression que l'air en dehors de l'eau. Le sang circule plus facilement vers votre cœur qui est de 10 à 15 % moins sollicité. Le corps brûle davantage de calories : 30 minutes de natation permettent de dépenser environ 300 kcal. L'exercice quotidien atténue l'impact sur les articulations, renforce la capacité pulmonaire, diminue le risque de maladies cardiovasculaires et solidifie les os.

Côté mental, la natation procure plus d'énergie qu'elle n'en demande, améliore le schéma du sommeil. Elle augmente la confiance en soi via une plus grande production de sérotonine, réduit le stress et atténue le risque de dépression.





LIVING

R O C K

embellir & rénover

Living Rock
Redrock Home Living Center
Z.A.C op Herbett, L-3885 Schiffange

Living Rock Outdoor
586 route de Thionville, L-5888 Alzingen

livingrock.lu

Une expérience et un savoir-faire au service de votre extérieur



S&T CREATION est une entreprise luxembourgeoise spécialisée dans la construction de piscines lagon. Experts dans l'aménagement extérieur avec une connaissance accrue des différentes méthodes de construction, nous avons décidé, il y a quelques années, de nous tourner vers l'écoconstruction.

Notre maîtrise des matériaux, de l'hydraulique, de la filtration et de la chimie de l'eau, nous a permis de trouver ce qui se fait de mieux pour répondre à une demande grandissante et un marché quasi vierge dans ce secteur.

La piscine lagon est esthétique quand elle est construite de la main d'un artiste. Chaque courbe, chaque couleur, vous donne un peu plus l'impression d'un lac, d'une plage ou d'une rivière.

La piscine lagon est un bassin d'une forme libre, proche de celle créée par la nature. Construite dans des matériaux écologiques, elle préserve l'environnement tout en vous offrant une piscine esthétique.

C'est le domaine des experts de **S&T CREATION** qui met tout en œuvre pour faire de votre extérieur un lieu d'évasion.

www.st-creation.lu



www.st-creation.lu



PAYSAGISTES & AMÉNAGEMENTS EXTÉRIEURS

Nous sommes à l'écoute de vos besoins et vous assurons un travail irréprochable et adapté à vos projets. Que ce soit pour des travaux de création, de restructuration ou d'entretien, nous prenons en compte vos critères et vous accompagnons dans le choix le plus adapté à vos besoins. Nous vous assurons réactivité, respect des délais et accompagnement après travaux ! Il est essentiel de vous accompagner du début à la fin de l'intervention, et même après.



**Gut wohnen heißt:
gut beraten sein**

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände



Ihr direkter Link zur
Terminvereinbarung.
Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu

Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
info-lux@bhw.lu
www.bhw.lu

BHW
Gemeinsam für Ihr Zuhause